

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldtstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6400  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. — Postzeitungssliste Nr. 3164

## Inhalt:

Fort mit jeglichem Schnapsgenuß! — Die Proletarierkrankheit Tuberkulose. V. (Schluß). — Eine Lohn tafel für die ungelerten Arbeiter in Mainz. — Ein verbrecherischer Plan. II. (Schluß). — Aus Großbritannien. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Wasserbauarbeiter. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Gerichtszeitung. — Rundschau. — Briefkasten. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Totenliste.

## Fort mit jeglichem Schnapsgenuß!

Es ist notwendig, von Zeit zu Zeit daran zu erinnern, daß die Klassenbewußte organisierte Arbeiterschaft die Parole ausgegeben hat: „Fort mit dem Fessel! Striktester Branntweinboykott!“

Wohl können wir mit einer gewissen Befriedigung auf die bisherige Kampagne zurückblicken, aber es gibt doch noch so manchen Kollegen, der die Bedeutung des Schnapsboykotts nicht recht erfasst hat. Aus alter Gewohnheit und Bequemlichkeit mag er „von dem ihm lieb gewordenen Schnapschen“ nicht lassen. Diesen Kollegen möchten wir wieder einmal ins Gewissen reden.

Einst bestand der Aberglaube (so möchten wir es nennen), daß ohne Schnapsgenuß die schwere Arbeit vor den Dämonen und Retorten, die schmutzige und unangenehme Arbeit bei der Kanalreinigung usw. nicht zu bewältigen sei, ohne daß man sich der eigenen „Beitsche“ des Alkohols bediene. Dank unserer regen Agitation, dank der wiederholten Vorstellungen zahlreicher Arbeiteranschüsse haben sich eine beträchtliche Anzahl von Stadtverwaltungen dazu bequemt, zunächst für die Sommermonate kalten Tee und Kaffee, zum Teil auch Selterwasser gratis zur Verfügung zu stellen. Diese Errungenchaft unserer Organisation, die schon vom Mainzer Verbandstag 1906 weiter befürwortet wurde, legte sozusagen die erste Bresche in die bislang allgemein glütige Tradition von der „Notwendigkeit“ des Schnapsstrinkens.

Allmählich gelangte man dazu, daß derjenige, der vom Schnaps nichts wissen wollte, nicht mehr gehänselt wurde und aus der leidigen Trinksitte ward eine üble Angewohnheit, von der sich ein erheblicher Teil der Kollegen auch der schwersten Verufe frei zu machen begann.

Die zweite Etappe in der Schnapsbekämpfung wurde durch unsere politischen Gegner, die konservativen Schnapsbrenner, geradezu provoziert. Sie forderten immer mehr Liebesgaben von der Regierung. Damit hat es folgende Verwandnis: Die Besteuerung des Spiritus beträgt 50 Mk. pro Hektoliter bei Festsetzung eines Verbrauchs der Bevölkerung von jährlich 4 1/2 Liter pro Kopf. Was darüber ist, sollte mit 70 Mk. pro Hektoliter versteuert werden. Das waren über 300 000 Hektoliter Spiritus. Aber nicht nur dieser, sondern auch die 2 074 000 Hektoliter (zu 50 Mk.) wurden von den Schnapsbrennern natürlich mit 70 Mk. angesetzt, so daß also ein Ertragewinn von 2 074 000 × 20 gleich

41 480 000 Mk. durch die Gunst des Staates in die Taschen der Agrarier fällt. Diese Liebesgaben zu verringern oder ganz unmöglich zu machen, ist ein politisches Gebot der Notwendigkeit für die deutsche Arbeiterklasse, und so fand der Gedanke des konsequenten Schnapsboykotts auf dem Leipziger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie 1909 einhelligen Beifall.

Die Wirkung dieses Beschlusses war so, wie wir sie selbst kaum zu hoffen gewagt. Den Schnapsfabrikanten aber verging Hören und Sehen. Wir haben wiederholt darüber berichtet, möchten aber heute die erste amtliche Darstellung aus dem 1. Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs (Jahrgang 1911) hier wiedergeben. Sie bezieht sich auf das Betriebsjahr 1909/10 mit dem vom Schnapsblock beschlossenen neuen Branntweinsteuergesetz vom 15. Juli 1909.

Es wurden im Berichtsjahre 1909/10 im ganzen 3 641 880 Hektoliter Alkohol hergestellt, also gegen die Vorjahreserzeugung (4 255 121 Hektoliter) 613 232 Hektoliter = 14,4 Proz. weniger. Der Gesamtverbrauch an Branntwein — für Genuß und gewerbliche Zwecke — berechnet sich für denselben Zeitraum auf 3 665 887 Hektoliter Alkohol = 5,7 Liter auf den Kopf der Bevölkerung gegen 4 130 669 Hektoliter bzw. 6,5 Liter im Jahre 1908/09. Auf den Kopf des deutschen Volkes berechnet ergäbe sich danach nur ein Minderkonsum von 0,8 Liter oder, in Verhältnisziffern ausgedrückt, 12,8 Proz. Das wäre ein Rückgang, der als verhältnismäßig gering erscheinen und zum guten Teil auf das Konto der mit der Steuererhöhung verbundenen Preissteigerung gesetzt werden müßte. In Wirklichkeit ist der Rückgang des als Genußmittel verbrauchten Alkohols aber viel stärker gewesen, weil in den oben angeführten Ziffern auch der gewerbliche Verbrauch enthalten ist, der im Gegensatz zum individuellen Trinkverbrauch stark zugenommen hatte. Es wurden nämlich während des Betriebsjahres 1909/10 im ganzen 1 882 860 Hektoliter Alkohol = 2,9 Liter auf den Kopf der Bevölkerung (1908/09 1 480 047 Hektoliter = 2,3 Liter pro Kopf) steuerfrei, das heißt für gewerbliche Zwecke abgelassen. Dagegen kamen für Genußzwecke nur 1 783 027 Hektoliter Alkohol gleich 2,8 Liter auf den Kopf der Bevölkerung in Verkehr (bzw. 4,2 Liter) im Vorjahre. Der Rückgang im Verbrauch des Trinkbranntweins beträgt also nicht weniger als 1,4 Liter oder genau 33 1/3 Proz. auf den Kopf der Bevölkerung!

Mit diesem erfreulichen Resultat dürfen wir uns aber beliebig nicht zufrieden geben. Allerdings kommen einige Umstände in Betracht, die das Bild noch günstiger gestalten. Da ist vor allem zu berücksichtigen, daß die vom Schnapsblock beschlossene Erhöhung der Branntweinverbrauchsabgabe von 50 resp. 75 auf 115 resp. 135 Mk. pro Hektoliter reinen Alkohols und die entsprechende Erhöhung des Branntweinanzolls erst am 15. Juli 1909 in Kraft trat, während das Berichtsjahr vom 1. April bis 30. März läuft, ferner aber auch, daß der sozialdemokratische Boykottbeschluss erst Ende September 1909 gefaßt wurde. Die Wirkungen dieses Beschlusses und der Steuer-

erhöhung konnten also in dem Berichtsjahre 1909/10 noch gar nicht voll wirksam werden; wenn sie trotzdem so prompt und durchgreifend eingeleitet haben, so stellt dies der Disziplin der organisierten Arbeiterschaft ein glänzendes Zeugnis aus.

Daneben offenbart die amtliche Statistik aber auch noch einige spezielle Folgen des Boykotts, die ganz besonders zu begrüßen sind. Es zeigt sich nämlich, daß der ordinärste Fusel, der Kartoffelsprit, absolut den stärksten Rückgang aufzuweisen hat; er fiel um 480 633 Hektoliter, während an Getreidebraunwein 109 313 Hektoliter weniger produziert wurden. Das läßt den Schluß zu, daß gerade die schlechtestgestellten Proletariatschichten, bei denen der Alkoholgenuß die relativ verheerendsten Folgen zeitigt, besonders stark an dem freiwilligen Verzicht auf den Branntweinkonsum beteiligt sind, was auch durch die Tatsache bewiesen zu werden scheint, daß gerade in den ostelbischen Provinzen der Produktionsausfall am stärksten ist. Es wiesen nämlich an Mindererzeugung auf: Schlesien (— 113 939 Hektoliter), Posen (— 110 716 Hektoliter), Pommern (— 76 749 Hektoliter) und Brandenburg (— 73 410 Hektoliter). Dieser Produktionsausfall erklärt sich zwar zum guten Teil aus dem Ueberwiegen der Schnapsbrennereien in den östlichen Provinzen — die Vergiftung des Volkes durch den Fusel ist bekanntlich ein spezifisch junkerliches Gewerbe —, er ist aber zweifellos auch durch den gerade in diesen Provinzen lebhaft propagierten Boykott mit verursacht.

Der Finanzabschluß der Reichsfasse für 1910, der einen Minderertrag aus der Branntweinsteuer und Betriebsaufgabe von mehr als 26 Millionen gegenüber dem Etatvoranschlag aufweist, beweist auch, daß es sich bei dem Branntweinboykott nicht nur um ein plögllich ausgelodertes Strohfeuer handelt, sondern um eine Bewegung, die, je länger sie dauert, nur um so mehr an Intensität gewinnt.

Und dafür möchten wir alle Kollegen aufrufen: Sorgt dafür, daß in allen städtischen und staatlichen Betrieben jedweder Schnapskonsum aufhört. Fordert für die kommenden heißen Tage durch die Arbeiterausschüsse kühlende Erfrischungsgetränke, insonderheit Tee, Kaffee, Zitronen- und Mineralwasser.

Es muß Ehrensache jedes Mitgliedes unserer Organisation werden, neben der allgemeinen Verbandspropaganda auch eine Antischnapspropaganda (am besten Antialkoholpropaganda) zu entfalten. Natürlich müssen alle Vertrauensleute und diejenigen, die sich dieser Sache energisch annehmen, mit dem besten Beispiel vorangehen.

Die Frauen unserer Kollegen aber haben ein doppeltes Interesse an der striktesten Durchführung des Schnapsboykotts. Sie haben nur zu oft die Schäden übermäßigen Alkoholgenußes in der Familie kennen gelernt. Darum möchten wir sie auch bei der Agitation gegen den Alkoholmißbrauch nicht missen. Unsere Kollegen sollten es sich zur Pflicht machen, das Verbandsorgan auch ihren Frauen vorzulesen oder zum Lesen zu geben. Die Frauen unserer Kollegen werden dann gewiß die richtigen Konsequenzen aus diesen Ausführungen ziehen und den Mut haben, ihren Mann auf seine Pflicht aufmerksam zu machen:

**Keinen Tropfen Schnaps mehr!**

## Die Proletarierkrankheit Tuberkulose.

V.

(Schluß.)

Erschreckend groß ist das Krankheitsleiden schon unter der Schuljugend. Das lehren die alljährlichen Schulartzberichte. In Berlin beispielsweise mußten im Berichtsjahre 1909/10 3024 in die Volksschule neuauftretende Kinder wegen geistiger und körperlicher Entwicklungsmängel zurückgewiesen werden. Das sind 8½ Proz. aller Schulkinder. Dabei haben sich die Ärzte bei der Zurückweisung noch eine gewisse Einschränkung auferlegt, wie man aus dem Bericht herauslesen kann. Zu diesen 3024 schuluntauglichen Kindern kamen 8361, die in besondere ärztliche Ueberwachung genommen werden mußten. Das sind 24½ Proz., also fast ein Viertel aller Schulkinder. Die Zahl aller in Ueberwachung befindlichen Volksschulkinder betrug 45 172, d. h. reichlich

ein Fünftel aller Volksschulkinder. Von den 3024 Zurückstellungen litten 382 an Rachitis (Englische Krankheit), 148 an Skrofulose, 66 an Knochentuberkulose, 130 an Lungen-tuberkulose, 115 an sonstigen Lungenleiden und 1233 an ungenügendem Kräftezustand, wo also die Disposition zur Tuberkulose schon in der bedenklichsten Form vorhanden ist. Der Rest hatte diverse andere Erkrankungen. Von den 8361 in Ueberwachung genommenen Schulkindern stand ebenfalls der ungenügende Kräftezustand mit 1160 Fällen an der Spitze. Der Tuberkulose bereits verfallen waren 795 und zwar 510 der Skrofulose, 83 der Knochentuberkulose und 202 der Schwindsucht. Besonders zahlreich waren noch die Nasen- und Nasenleiden (902), Augenleiden (905), Ohrenleiden (741), Wirbelsäulenverkrümmungen (711), Bruchschäden (455), Rachitis (449), Herzleiden (308) usw. usw. Das sind die Kinder im Alter von 6 Jahren und wenig darüber. Unter allen 45 172 in Ueberwachung befindlichen Volksschulkindern waren 7246 mit ungenügendem Kräftezustand behaftet, 1470 litten an Rachitis, 2170 an Skrofulose, 486 an Knochentuberkulose, 1771 an Lungen-tuberkulose, 1021 an sonstigen Lungenleiden usw. usw. Dieses gräßliche Kinderleiden nimmt sicherlich nicht wunder, wenn man bedenkt, daß unter den in den früheren Artikeln bereits geschilderten Tuberkuloseursachen der Erwachsenen die Kinder direkt oder indirekt mitleiden. Hinzu kommt noch die rigorose Ausbeutung ihrer Körperkraft, wie sie beispielsweise die Heimarbeit mit sich bringt oder das Austragen von Frühstüd, Milch und Zeitungen in den frühesten Morgenstunden trotz des gesetzlichen Verbotes. Hunderte von Kindern werden dadurch um einen Teil ihres Schlafes gebracht und kommen ohne Frühstüd in die Schule. Eine Verschärfung des Kinderschutzgesetzes und strengere Durchführung wäre deshalb wohl am Platze. Das Schulartzwesen muß noch bedeutend verbessert und die Einführung der Schul-speisung für bedürftige Kinder energisch verlangt werden. Auch könnte sich die Schule durch einen systematischen Unterricht in Gesundheitslehre und Erziehung der Kinder zur Befolgung hygienischer Vorschriften um die Bekämpfung der Volkskrankheiten sehr verdient machen. Leider versagt sie nach dieser Richtung fast vollständig, weil sie mit viel zu viel unnützigem Ballast im Unterricht überladen ist.

Zum Schluß sei noch der Einfluß geistiger Getränke auf die Tuberkulose erwähnt. Mit der Unterernährung innig verknüpft ist der Alkoholismus. Verminderte Nahrungsaufnahme verleiht zum Schnapsstrinken; Alkohol beeinflusst aber in ungünstiger Weise den Appetit, so daß dem Trinker zuletzt kein Essen mehr schmeckt. Infolgedessen trinkt er noch mehr. Die Gesundheit wird dadurch auf das tiefste untergraben, und so sind Trinker der Tuberkulose in erster Linie ausgesetzt. Durch Alkohol degenerierte Individuen zugen nur wieder Nachkommen mit schwächerer Körperkonstitution, die selbstverständlich einer sie anhaltenden Krankheit bald unterliegen, unter denen die Tuberkulose mit an erster Stelle steht. So fand beispielsweise der Schweizer Professor Dr. v. Dunge, daß in einer Gruppe von 318 Fällen, in denen die Väter abstinent oder mäßige Trinker waren, nur 19,4 Proz. die Schwindsucht aufwiesen, während in anderen 127 Fällen, in denen die Väter einem übermäßigen Alkoholgenuß huldigten, 38,1 Proz. der Nachkommenschaft der Lungentuberkulose zum Opfer fielen. Zieht man hierbei die bereits geschilderten Tuberkulosegefahren mit in Betracht, so ist die Vermeidung des Alkoholgenußes doppelt geboten. Der Erfolg des sozialdemokratischen Schnapsboykotts wird sich deshalb auch bald in den abnehmenden Schwindsuchtsfällen zeigen.

Der Staat hätte in erster Linie Ursache, der Verheerung der Tuberkulose energisch entgegenzutreten; zeigen ihm doch die alljährlichen Rekruutenaushebungen, wie stark die Volkskraft im Schwinden ist. Aber das Deutsche Reich, das alljährlich Hunderte von Millionen für Militär und Marine verausgabt, hat in den letzten Jahren ganze 100 000 M. für die Bekämpfung der Tuberkulose aufgewendet. Ja, fast scheint es, als ob nach dieser Richtung schon zuviel getan würde. Denn den Versicherungsanstalten ist vor einiger Zeit vom Reichsversicherungsamt untersagt worden, mehr als 7 Proz. ihrer Ausgaben für Heilgelder aufzuwenden und eine ähnliche Bestimmung enthält ja auch die jetzt zur Beratung stehende Reichsversicherungsordnung.

Gerade die Gefahren der Tuberkulose lehren uns aber auch, wie intensiv wir am Ausbau unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen arbeiten müssen, um uns eine Welt zu erobern, in der sich jeder glücklich fühlt und wo derartige Volksleiden endgültig eingedämmt werden.

G. R.

## Eine Lohn tafel für die ungelerten Arbeiter in Mainz.

Unsere Mainzer Kollegen führen schon seit Jahren einen zähen und andauernden Kampf um die Schaffung von zeitgemäßen Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Das Hauptgewicht legten sie dabei auf die Einführung eines festen Lohn tariffs, wie solche bereits in allen auch nur einigermaßen sozial fortgeschrittenen Stadtgemeinden vorhanden sind. In Mainz konnte nämlich bisher immer noch der einzelne Betriebsleiter nach Willkür und Gunst die Löhne festsetzen. Welche Blüten ein derartiges System zeitigen muß, ist bekannt, weshalb wir hier nicht des weiteren darauf eingehen wollen. Die Mainzer Bürgermeisterei ist gerade nicht mit sozialer Einsicht und Arbeiterfreundlichkeit sonderlich ausgestattet — früher soll es einmal anders gewesen sein — und sie fehlt somit den berechtigten Forderungen der Arbeiter direkten Widerstand entgegen. Als vor 5 bis 6 Jahren die Teuerung rapide einsetzte, hat man sich dazu entschlossen, den Arbeitern Familienzulagen\*) zu geben in der Voraussetzung, dieselben bei Rückgang der Teuerung wieder einziehen zu können. Man glaubte damals eine große Last vollbracht zu haben. Das war im Jahre 1906. Damit war aber an dem rückständigen Lohnsystem selbst nichts geändert worden, wie auch die Familienzulage nicht als hinlänglicher Ersatz für die durch die Teuerung verursachten Mehrausgaben angesehen werden konnte. Unsere Kollegen reichten daher im August 1907 wieder eine Eingabe ein, in welcher sie neben anderen Forderungen auch einen Lohn tariff für alle städtischen Arbeiter verlangten. Darob große Entrüstung bei den Herren in der Stadtverwaltung. Man schickte daher zunächst mit dem üblichen Mittel der Verschleppung ein und erst in der Stadtverordnetenversammlung vom 3. November 1909 kam die Eingabe zur Erledigung und auch zur Ablehnung. Der Bürgermeister Dr. Göttemann führte damals für die Ablehnung der Forderungen ins Feld, daß erst 1906 eine Lohnerhöhung durch die Familienzulage eingetreten sei und schon 8 Monate danach kamen die städtischen Arbeiter mit neuen Forderungen, die über das Ziel hinausgingen. Auf demselben Niveau bewegten sich auch die Ausführungen der erlauchten bürgerlichen Stadtverordneten. Bezüglich der Einführung eines Lohn tariffs wagte man sogar in der Ablehnungsvorlage der Bürgermeisterei die Behauptung aufzustellen, „daß wohl in einer Reihe von Städten Lohn tafeln eingeführt seien, daß sich diese aber bewährt haben sollen, dafür ist der Beweis nicht erbracht!“

Wir ließen uns aber durch solche wurmfästige Argumente nicht von dem einmal für richtig Erkannten abbringen und unterbreiteten im April 1910 erneut unsere Forderungen der Bürgermeisterei und Stadtverordnetenversammlung. Wieder begann die alte Komödie der Verschleppung. Auf einen Protest der Arbeiter hin versuchte man es damit zu rechtfertigen, daß die Stadtverordnetenwahl bevorstehe und die Sache von der Versammlung in ihrer alten Zusammensetzung nicht mehr erledigen lassen will, da diese erst im Jahre vorher alles abgelehnt habe. Alle Hoffnungen waren nun auf die neue Stadtverordnetenversammlung gesetzt, deren Zusammensetzung durch die Neuwahl keineswegs im wesentlichen geändert wurde; die städtischen Arbeiter wußten daher auch sehr bald, was sie zu erwarten haben.

Immerhin hätte man aber erwarten können, wenn Änderungen vorgenommen werden, daß dann zu mindestens etwas Ganzes geschaffen wird. Wohl konnte man unserer Forderung auf Einführung einer Lohn tafel nicht mehr vollständig widerstehen, zu einem ganzen Schritt hat sich jedoch die Bürgermeisterei nicht aufrufen können, indem sie nur für die ungelerten Arbeiter eine Lohn tafel ausarbeitete und alle Handwerker, Maschinisten und Heizer davon ausschloß, angeblich deswegen, weil die Handwerker schon gut genug, teilweise schon besser als in der Privatindustrie (?) bezahlt würden. Die für die ungelerten Arbeiter vorgesehenen Sätze sind derartig niedrig gehalten, daß sie den Protest aller Arbeiter hervorgerufen mühten. Den Hofsarbeitern der Gaswerke war sogar eine Verschlechterung zugebacht. Dort wurden nämlich schon seit Jahren alle Arbeiter mit 3,50 M. pro Tag eingestellt, weil für den festgesetzten Lohn von 3,30 M. keine Arbeiter mehr zu bekommen waren. Ein Beweis dafür, daß die wirklichen Verhältnisse schon über die soziale Einsicht der Bürgermeisterei und der Stadtväter hinausgewachsen waren. Die Kollegen in den Gaswerken waren daher empört, als

\*) Die Familienzulage beträgt für:

verheirat. Arb. bis zu 2 Kindern unt. 16 Jahr.	1,50 M. pro Woche
mit 3 u. 4 „	1,75 „
5 „	2,00 „
ledige Arbeiter	0,75 „

sie von diesem Unas Kenntnis erhielten und hatten schon beschlossen, am 30. März nachmittags 4 Uhr die Arbeit ruhen zu lassen, um dagegen wirksam zu protestieren. Da aber die Verabschiedung der Vorlage erst eine Woche später erfolgen sollte, nahmen sie davon Abstand und kamen am nächsten Tag abends 6 Uhr in einer überfüllten Versammlung zusammen. Diese beauftragte den Arbeiterausschuß mit dem Gauleiter, Kollegen Marole, am nächsten Tag bei der Bürgermeisterei vorstellig zu werden. Hierbei hat sich dieselbe zum ersten Mal dazu verstanden, auch den Vertreter des Verbandes an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen. Sicher hat der scharfe Wind, der von den Gaswerken her wehte, dazu beigetragen. Herr Obersekretär Schäfer nahm die Wünsche entgegen und versprach, sie vor der Bürgermeisterei zu vertreten.

Am Montag darauf nahmen die gesamten städtischen Arbeiter ebenfalls in einer überfüllten Versammlung zu der Vorlage Stellung, die Kollege Marole als Referent einer gründlichen Kritik unterzog. Auch hier wurden eine Anzahl Abänderungsanträge gestellt, die schon in Nr. 15 der „Gewerkschaft“ wiedergegeben sind, und am nächsten Tag der Bürgermeisterei persönlich unterbreitet. Die Bürgermeisterei glaubte aber auf die Anträge der Arbeiter nicht eingehen zu müssen und so wurde die ganze Vorlage unverändert in der Stadtverordnetenversammlung vom 6. April angenommen, obwohl auch unsere Genossen lebhaft für die Arbeiter eintraten. Der Herr Bürgermeister Dr. Göttemann verstand es, mit großen Zahlen zu operieren, um die bürgerlichen Stadtverordneten kopfschütteln zu machen, und behauptete schamlos, daß die Forderungen der Arbeiter der Stadt 220 000 M. kosten würden. Das war weiter nichts als eine beabsichtigte Irreführung, denn es handelte sich in dieser Sitzung nicht mehr um die Grundforderungen der Eingabe, sondern um die Abänderungsanträge der letzten Versammlung, deren Annahme höchstens 20 000 M. Kosten verursacht hätte. Genosse Adelson geistelte dieses Manöver des Bürgermeisters in scharfer Weise, was jedoch ohne Erfolg blieb. Interessant und lehrreich war dabei auch für die Arbeiter die Haltung der schwarzen Arbeiterfreunde vom Zentrum. Obwohl sich der christliche Arbeiterssekretär Anoll in unserer Versammlung wohlwollend unseren Anträgen anschloß und sogar für dieselben sprach, hat es keiner der Zentrumsmänner für notwendig gehalten, auch nur ein Wort für die Arbeiter einzulegen, sie schwiegen sich vielmehr aus und halfen mit schamungslos dem Weggehen die Forderungen der Arbeiter niedertrampeln. Daraus geht aber auch hervor, daß das ganze Gerede des Herrn Anoll einen Wert hat, sonst hätte er unbedingt seine schwarzen Freunde in dem für die Arbeiter günstigen Sinne beeinflussen müssen. Mögen daher auch die wenigen, die noch diesen Volksbetrügern nachlaufen, einsehen, daß ihr Platz nur in der freien Organisation sein kann.

Die nun zur Annahme gelangte Vorlage enthält acht Lohn tafeln, von denen fünf Tagelohn und drei Wochenlohn vorsehen. Die Sätze sind folgende:

1. Lohnklasse: Anfangslohn 3,10 M., Höchstlohn 3,70 M. Hierzu gehören: Hochbauamt: Tagelöhner; Tiefbauamt: Mehrgelbesen 2. Klasse, Bauarbeiter, Magazinarbeiter, Kanalreiniger, Einfahrtenreiniger, Straßenreiniger; Amt für Maschinenwesen: Tagelöhner, Heizer am kaiserlichen Schloss; Schlachthof: Tagelöhner; Reinigungssamt: Tagelöhner; Elektricitätswerk: Tagelöhner; Straßenbahn: Wagenreiniger, Streckenwärter; Stadtgärtnerei: Tagelöhner.

2. Lohnklasse: Anfangslohn 3,30 M., Höchstlohn 3,90 M. Hierzu gehören: Tiefbauamt: Vorarbeiter, Mehrgelbesen erster Klasse; Wasserwerk: Hilfsinstallateure; Schlacht- und Viehhof: Nachtwächter; Reinigungsamt: Vorarbeiter, Hilfsheizer; Gaswerke: Tagelöhner und Laternenarbeiter, Hofsarbeiter; Elektricitätswerk: Hilfsbahnwerker; Straßenbahn: Werkstattarbeiter, Hilfsbahnwerker, Vorarbeiter der Wagenreiniger, Gleisbauarbeiter; Stadtgärtnerei: Vorarbeiter; Gasen- und Lagerhaus: Arbeiter für gewöhnliche Arbeiten.

3. Lohnklasse: Anfangslohn 3,50 M., Höchstlohn 4,10 M. Hierzu gehören: Straßenbahn: Vorarbeiter für Gleisbau; Stadtgärtnerei: Vorarbeiter mit beaufsichtigender Tätigkeit; Gasen und Lagerhaus: Vorarbeiter; Gasenbahn: Bahnunterhaltungsarbeiter.

4. Lohnklasse: Anfangslohn 3,70 M., Höchstlohn 4,30 M. Hierzu gehören: Gasen und Lagerhaus: Obkulte.

5. Lohnklasse: Anfangslohn 4,20 M., Höchstlohn 4,80 M. Hierzu gehören: Gaswerke: Ofenarbeiter. Die Steigerungen betragen in diesen Tagelohn tafeln nach dem ersten Jahre 10 Pf., von da ab alle zwei Jahre 10 Pf. pro Tag.

6. Lohnklasse: Anfangslohn 21 M., Höchstlohn 25,80 M. Hierzu gehören: Friedhof: Friedhofswächter, Totengräber.

7. Lohnklasse: Anfangslohn 22 M., Höchstlohn 26,80 M. Hierzu gehören: Amt für Maschinenwesen: Maschinenarbeiter; Elektricitätswerk: Maschinenarbeiter; Stadtgärtnerei: Anlagegärtner; Gasbahn: Rangierer.

8. Lohnklasse: Anfangslohn 24 M., Höchstlohn 28,80 M. Hierzu gehören: Hochbauamt: Baubote; Tiefbauamt: Obleute, Baubote; Wasserwerk: Brunnenwart; Reinigungsamt: Obleute, Wächter, Hof- und Stallarbeiter, Fuhrleute; Straßenbahn: Fuhrmann.

Die Steigerungen betragen in den Wochenlohnklassen nach dem ersten Jahre 80 Pf.; von da ab alle zwei Jahre 80 Pf. pro Woche.

Auf diese Lohnsätze, die nun endlich nach jahrelangem Wetteln der Arbeiter zustande gekommen sind, kann das „Goldene Mainz“ sicher nicht stolz sein, denn es ist immer noch eine feststehende Tatsache, daß von sämtlichen Nachbarkräften im weiten Umkreise Mainz die niedrigsten Löhne zahlt, und das nach einer Neueregelung, die man doch als große Tat hinstellen beliebt. Da ist ja die „Weltkurstadt“ Wiesbaden in allernächster Nähe, die zur selben Zeit eine Lohnregelung vorgenommen hat, weitergegangen, indem dort der Mindestlohn der ungelernten Arbeiter auf 3,40 M. pro Tag festgesetzt worden ist. (Siehe unter Bewegung Sp. 482.) Einen kleinen Erfolg haben auch die Hofarbeiter in den Gaswerken durch ihr Vorgehen noch erreicht, indem man für diese der Lohnstafel einen Anhang gegeben hat, der lautet:

Hofarbeiter, die zunächst nur als Saisonarbeiter eingestellt werden, erhalten als Anfangslohn 3,50 M., steigend nach einem Jahre auf 3,60 M. und dann nach je zwei Jahren um weitere 10 Pf. bis zum Höchstlohn von 3,90 M., so daß dieser bereits nach 7 Dienstjahren erreicht wird.

Die Bürgermeisterei hat also wenigstens in diesem Punkt die Anhaltbarkeit ihrer Vorlage eingesehen, womit diese schon den Todesstoß von vornherein in sich trägt. Die Aufbesserung, die die ungelernten Arbeiter erhalten haben, ist also sehr dürftig ausgefallen und beträgt zumeist 20 Pf., zum Teil auch nur 10 Pf. pro Tag. Betroffen werden davon 597 Arbeiter, und die dadurch entstandenen Kosten betragen etwa 33 000 bis 34 000 M. Diese minimalen Sätze sollen den Arbeitern auch erst dann zustehen, wenn sie das 21. Lebensjahr vollendet haben, was als außerordentlich rückständig zu bezeichnen ist, denn in allen Berufen und auch anderen Städten werden die Arbeiter mit dem zurückgelegten 18. Lebensjahr als Vollarbeiter betrachtet. Auch steht den Arbeitern kein Rechtsanspruch auf die Lohnsteigerungen zu. Und weiter heißt es im Punkt 5 der Erläuterungen: „Die Gewährung der Zulagen ist von befriedigenden Leistungen und guter Führung abhängig; sie werden versagt, wenn Leistungen und Führung des Arbeiters Anlaß zu wesentlichen Ausstellungen gegeben haben; in diesem Falle ist der Bürgermeister entsprechende Vorlage zu machen.“ Diese Bestimmung ist zweifellos geeignet, um als Dankschreiben zu dienen.

Ein kleines Nachgeschickte hat sich auch um die Frage ein, wonn an die Lohnsteigerung in Kraft treten sollen. Die Bürgermeisterei glaubte besser zu tun, wenn sie den Arbeitern diese längliche Zulage noch eine Woche länger vorenthält und sah daher in den Erläuterungen zur Lohnstafel vor, daß die Zulage erst mit dem 7. April beginnen soll. Die Stadtverordneten waren aber bei der Beratung der Vorlage der Auffassung, daß der 1. April als Anfangsdatum zu betrachten sei. Als die Bürgermeisterei aber für diese Woche die Zulage nicht auszahlen ließ, ging diese Art von Sparpolitik selbst den bürgerlichen Stadtverordneten zu weit, so daß für die Sitzung vom 28. April eine Interpellation seitens unserer Genossen wie auch eine des bürgerlichen Stadtschreibers in dieser Sache vorlagen. Die Stadtverordneten bejahten daraufhin, daß für die erste Woche des April die Zulage nachzahlen sei. Das war der Bürgermeisterei nun allerdings nicht angenehm, aber sie mußte sich schon diese Revision ihrer Engstirnigkeit gefallen lassen. Was sie daraus die Lehre ziehen, daß sie sich in Zukunft etwas kulanter gegenüber den Arbeitern zeigt. Die städtischen Arbeiter aber mögen daraus erkennen, daß nur durch unaufhaltsames Vorwärtstreiben und energisches wie konsequentes Auftreten etwas zu erreichen ist. Betrachten wir daher das kleine Zugeständnis, das man uns infolge der unausgesetzten Bemühungen der Organisation machen mußte, als Abgesandten und lassen uns diese zugleich als Ansporn dazu dienen, um weitere Verbesserungen unserer Lebenslage zu erreichen. Dazu bedürfen wir aber unbedingt Einigkeit und Kraft. Darum nütze die Zeit und sammelt die Kräfte aller einzelnen zu einer mächtigen und kompakten Masse, damit der nächste Sieg ein vollständiger wird.

## Ein verbrecherischer Plan.

II. (Schluß.)

L. V. Der eigentliche Zweck der Reichsversicherungsordnung soll nach der Behauptung unserer Gegner der sein, die während des Kampfes um den Zollwuchertarif im Jahre 1903 als „Ausgleich“ versprochene Witwen- und Waisenversicherung durchzuführen. Hier soll das neue Gesetz durchaus arbeiterfreundlich sein und es deshalb im Interesse der Arbeiter liegen, wenn der Reichstag den Entwurf ohne längere Debatte annimmt. Auf diese Weise suchen unsere Gegner die Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstages zu rechtfertigen.

In Wahrheit verhält sich die Sache ganz anders. Zunächst sind die vorgeschlagenen Witwen- und Waisenrenten so gering, daß sie in den meisten Fällen hinter dem zurückbleiben, was die Armenpflege den Witwen und Waisen gewährt. Nach einer Verteilung der Versicherten über die einzelnen Lohnklassen gemäß der tatsächlichen Beitragsentrichtung im Jahre 1907 beträgt die Durchschnittsrente nach Ablauf der mittleren Beitragsdauer (etwa 1783 Wochen) mit Einschluß des Reichszuschusses

für die völlig arbeitsunfähige Witwe 33 Pf. pro Tag,

für eine Waise unter 15 Jahren 16 Pf. pro Tag.

Sind mehr Waisen vorhanden, dann kommt auf jede Waise noch ein etwas geringerer Betrag. Davon müssen aber nicht nur die Waisen, sondern auch noch die Witwe leben, wenn sie zwar arbeitsfähig ist, aber ihre Arbeitskraft der Erziehung ihrer Kinder widmen muß und deshalb nicht auf Arbeit gehen kann.

Unsere Gegner betrösten uns darauf, daß es sich jetzt nur um einen Anfang mit der Witwen- und Waisenversicherung handelt; wenn erst einmal das Prinzip der Witwen- und Waisenversicherung festgelegt worden ist, dann können die Renten im Laufe der Zeit leicht allmählich erhöht werden. Dem widerspricht aber die Erfahrung, die wir mit der Invalidenversicherung gemacht haben. Auch die Invalidenrente ist seinerzeit — vor mehr als 20 Jahren — trotz des Widerspruchs der Sozialdemokraten so niedrig festgesetzt worden. Seitdem haben die Arbeiter unaufhörlich die Erhöhung der Rente gefordert, und die Sozialdemokraten haben bei jeder Gelegenheit die nötigen Verbesserungsanträge gestellt. Aber alles war vergeblich. Nach der oben angeführten Berechnung ist der Durchschnittsbetrag der Invalidenrente 78 Pf. pro Tag, und davon sollen Mann und Frau leben, so daß für jeden sage und schreibe 38 Pf. pro Tag bleiben. Und das einzige, was jetzt erreicht wurde, ist ein Zuschlag von 10 Proz. für jedes Kind unter 15 Jahren, das macht für Vater, Mutter und Kind zusammen 78 + 8 = 86 Pf., also 28 Pf. pro Kopf und Tag, bei zwei Kindern 28 Pf., bei drei Kindern 20 Pf. usw. Es sind also auch selbst nach der jetzigen Reform in der Tat Renten zum — Verhungern. Unter diesen Umständen ist es die Pflicht der Abgeordneten, die es ernst mit der Wahrung der Arbeiterinteressen nehmen, mit aller Kraft auch der Wahrung der Arbeiterinteressen, mit aller Kraft noch im Plenum des Reichstages für eine angemessene Erhöhung der Invalidenrenten als auch der Witwen- und Waisenrenten einzutreten.

Dazu kommt, daß gerade die wichtigsten Ausgaben der Versicherungsanstalten, die Ausgaben für Heilversfahren, für den Aufenthalt und die Pflege der Versicherten in Heil- oder Erholungsanstalten, Bädern usw. von der Zustimmung der Aufsichtsbehörde abhängig gemacht worden sind. Dadurch sollen diese Ausgaben mehr und mehr eingeschränkt werden zum unersöhnlichen Schaden erholungsbedürftiger Arbeiter. Auch diese Verschlechterung muß im Reichstage mit allem Nachdruck bekämpft werden.

Eine der wichtigsten Verbesserungen, die die Reichsversicherungsordnung bringen soll, ist die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Arbeiter in den nicht gewerblichen Betrieben, auf die unschuldig beschäftigten Arbeiter, auf das Wandergewerbe, auf die unschuldig beschäftigten Arbeiter, auf die landwirtschaftlichen Arbeiter. Aber die beiden letzten Gruppen, die wichtigsten von allen, sollen in Wahrheit nur mit einem Recht auf dem Papier abgesondert werden. Denn sie sollen auf Antrag des Arbeitgebers von der Versicherungspflicht ausgenommen sein, wenn sich der Arbeitgeber während einer Krankheit zu unerschuldeten und die Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers sicher ist. Diese Bestimmung soll, wie in der Kommission sowohl der Vertreter des preussischen Landwirtschaftsministeriums als auch konservative Redner ausplauderten, dazu dienen, daß auf den größeren Gütern „alles beim alten bleibe“. Aus demselben Grunde ist die Ausnahmestimmung auf die Dienstboten ausgedehnt worden. Darf der Reichstag diese Verhöhnung der Arbeiterversicherung ohne den ersten Versuch, sie zu verhindern, über sich ergehen lassen?

M. Marole.

Am wichtigsten aber ist die Entrechtung der Arbeiter in der Leitung der Krankenkassen. Nach dem geltenden Gesetz haben die Versicherten den maßgebenden Einfluß auf die Leitung der Ortskrankenkassen. Sie wählen bekanntlich zwei Drittel der Mitglieder der Generalversammlung, und diese wählen zwei Drittel der Vorstandsmitglieder, die Arbeitgeber stellen das letzte Drittel der Mitglieder in der Generalversammlung und im Vorstand. Die Versicherten haben also, wenn sie einig sind, die Mehrheit in der Generalversammlung und im Vorstand und können durch sie ihrem Willen Geltung verschaffen. Dafür müssen sie zwei Drittel der Beiträge für die Krankenversicherung, die Arbeitgeber nur ein Drittel bezahlen.

Nach der Reichsversicherungsordnung bleibt zwar dieses Verhältnis der Versicherten zu den Arbeitgebern sowohl in der Bezahlung der Beiträge als auch in der Besetzung des Ausschusses und des Vorstandes. Dagegen sollen alle wichtigeren Fragen nicht mehr durch die Mehrheit im Vorstand und Ausschuss entschieden werden. Vielmehr soll ein Beschluß nur dann Gültigkeit haben, wenn er nicht nur von der Mehrheit der Arbeitgebervertreter, sondern auch von der Mehrheit der Arbeitervertreter gefaßt wird. Beugt sich die Zweidrittel-Mehrheit der Arbeitgebervertreter nicht dem Gebot der Minderheit, dann bleibt die Sache entweder unentschieden, die unbedingt notwendige Verbesserung kann nicht durchgeführt werden, oder die Aufsichtsbehörde herrscht unbeschränkt. So ernannt in einem solchen Falle die Aufsichtsbehörde den Vorsitzenden der Kasse; und zwar darf sie nur dann einen Arbeitgeber dazu bestimmen, wenn die Mehrheit der Arbeitgebervertreter dem zustimmt, und nur mit Zustimmung der Mehrheit bei den Arbeitgebervertretern einen Versicherten auswählen. Die Aufsichtsbehörde wird daher den größeren Kassen ausgediente Offiziere als Vorsitzende aufzwingen, wie auch die Bestimmung über den stellvertretenden Leiter der Aufsichtsbehörde, des Versicherungsamts, so gefaßt ist, daß hier ebenfalls ausgediente Offiziere untergebracht werden. Bei der Wahl von Kassenbeamten bedarf der Beschluß, der mit zwei Dritteln der Stimmen gefaßt werden muß, der Bestätigung durch das Versicherungsamt. Die Bestätigung darf auf Grund von Tatsachen versagt werden, die darauf schließen lassen, daß dem Vorgeschlagenen die erforderliche Zuverlässigkeit, insbesondere für eine unparteiische Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte oder Fähigkeit fehlt. Dies wird manchem Versicherungsamt genügen, jedem Sozialdemokraten, ja jedem, der sich nicht bei der Behörde als Richter beliebt gemacht hat, die Bestätigung zu verweigern. Kommt aber kein Anstellungsbeschluß zustande oder wird die Bestätigung endgültig versagt, so ernannt das Versicherungsamt auch die Kassenbeamten. Und der preussische Kriegsminister hat in der Budgetkommission des Reichstags bereits im Voraus seinen Dank ausgesprochen für den Fall, daß recht viele ausgediente Unteroffiziere hier untergebracht werden. Endlich ist auch dafür gesorgt, daß die Kassenbeamten nach ihrer Anstellung von der Aufsichtsbehörde abhängig bleiben. Sollen doch sogar die Geschäftsleiter der größeren Kassen als Staatsbeamte erklärt werden können, damit sie ganz unter die Disziplinargewalt der Aufsichtsbehörde kommen.

In den Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung dagegen ist die Allein herrschaft der Arbeitgeber und in den Versicherungsanstalten der Invaliden- und Witwen- und Waisenversicherung die Beamtenherrschaft unangefastet geblieben. Hier kann die arbeitgeberfeindliche Praxis ungehindert weiter bestehen. Sie soll jetzt aber auch auf die Ortskrankenkassen übertragen werden. Die freien Hilfskassen sind als Ersatzkassen auf den Auslieferat gesetzt und werden oft genug durch Beschäftigungen aller Art zu einer um so schnelleren Auflösung getrieben werden. Dann gibt es keine Kassen mehr, deren Geschäfte die Arbeiter selbst leiten. Dann haben wir nicht mehr das Vorbild und den Ansporn, den die von den Arbeitern geleiteten größeren Kassen geboten haben. Dann wird die Leistungsfähigkeit aller Kassen wieder herabgedrückt und selbst das wenige Gute beseitigt werden, das die Berufsgenossenschaften und die Versicherungsanstalten nach dem Vorgehen der Ortskrankenkassen einführen mußten. Dann wird die Bevormundung und Bedrückung, die die Arbeiter namentlich aus der Praxis der Unfallversicherung leider nur zu sehr kennen, auch in die Krankenkassen verpflanzt werden und bis in die Krankenzimmer der Arbeiter dringen. Hier muß sie noch viel verderblicher als in der Unfallversicherung wirken.

Deshalb können sich die Arbeiter eine solche Reform der Arbeiterversicherung nicht ruhig gefallen lassen. Sie müssen sich dagegen erheben, müssen gegen die ungenügenden Verbesserungen und unerhörten Verschlechterungen protestieren und dürfen nicht eher ruhen, als bis ihre Stimme auch im Reichstage gehört und das neue Gesetz in einer den Interessen der Arbeiter wirklich entsprechenden Fassung angenommen wird.

## Aus Großbritannien.

Die Mitgliederzahl aller Gewerkschaften, deren Existenz das Arbeitsamt in London festzustellen vermochte, sank von 2 412 611 Ende 1907 auf 2 379 723 Ende 1908 und 2 347 461 Ende 1909. Für 1910 liegen noch keine vollständigen Angaben vor; soviel sich nach den Berichten einzelner Organisationen beurteilen läßt, wird die Mitgliederzahl im letzten Jahre wieder etwas gestiegen sein, aber nur unbedeutend. Die Schuld daran, daß seit 1907 kein Fortschritt gemacht wurde, trug teils die Wirtschaftskrise, andernteils aber der Umstand, daß die Agitation viel zu wenig rege betrieben wird. Die arge Zersplitterung und die daraus sich ergebende gegenseitige Konkurrenz ist ebenfalls für die gedeihliche Weiterentwicklung ungünstig. Bestanden doch Ende 1909 nicht weniger als 1153 selbständige Gewerkschaften, darunter eine Menge Lokalvereine und Doppelorganisationen. Die 79 Gewerkschaften der Arbeiter öffentlicher Behörden hatten insgesamt 98 450 Mitglieder, oder um 4,2 Proz. mehr als 1908. Die Organisationen der Gemeindegewerkschaften werden in der vorliegenden Statistik nicht besonders ausgewiesen. In dem oben erschienenen Verichte über die registrierten Gewerkschaften sind sechs Gemeindegewerkschaften aufgeführt, und zwar folgende:

Bezeichnung der Organisationen	Mitgliederzahl zu Ende 1907	1909
Municipal Employees Association . . . . . (Allgemeiner Gemeindegewerkschaften-Verband)	11 842	12 141
Marlyebone Municipal Employees' Union . (Lokalverein in Marlyebone)	75	57
National Union of Corporation Workers . (Allgemeiner Gemeindegewerkschaften-Verband)	5 000	3 958
United Corporation Workmen of Dublin . (Lokalverein in Dublin)	1 000	1 100
Dublin Corpor. Waterworks Employees Assoc. (Wasserwerksarbeiter in Dublin)	88	88
Dublin Fire Brigade Union . . . . . (Feuerwehrpersonal in Dublin)	88	43
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>17 987</b>	<b>17 331</b>

Der Rückgang der Mitgliederzahl von 17 987 in 1907 auf 17 331 in 1909 ist wohl bloß scheinbar; denn die National Union of Corporation Workers, welche 1907 gegründet wurde, gab damals die Mitgliederzahl vermutlich schätzungsweise mit rund 5000 an — womit etwas zu hoch gegriffen wurde. Von einem nennenswerten Fortschritt kann jedoch auf keinen Fall die Rede sein.

Außer diesen registrierten bestehen noch unregistrierte Gewerkschaften der Gemeindegewerkschaften, und zwar ausschließlich Lokalvereine; darunter befinden sich allgemeine Gemeindegewerkschaften in Birmingham, Bolton, Limerick und Dublin, sowie zwei Vereine der Schuldner (School Carpenters) in London; die Mitgliederzahl dieser sechs Gewerkschaften beträgt ungefähr 1000. Mehrere Lokalvereine haben in den letzten Jahren zu bestehen aufgehört — was eigentlich kaum zu bedauern ist, denn einen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse hatten sie ohnehin nicht.

In der nächsten Tabelle werden die Einnahmen, die Ausgaben und der Vermögensbestand der registrierten Gemeindegewerkschaften pro 1909 dargestellt.

Bezeichnung der Organisationen	Einnahmen 1909	Ausgaben 1909	Vermögen am 31. Dez. 1909
Municipal Employees' Association . . . . .	8 211	8 857	8 068
Marlyebone Municipal Employees . . . . .	39	20	117
Nat. Union of Corporation Workers . . . . .	1 755	1 686	510
United Corporation Workers, Dublin . . . . .	1 510	1 290	880
Dublin Waterworks Empl. Assoc. . . . .	22	22	16
Dublin Fire Brigade Union . . . . .	58	35	78

Ein Pfund Sterling kommt im Werte etwa 20 Mk. gleich.

In dem amtlichen Verichte über die registrierten Gewerkschaften wird leider die Verteilung der Ausgaben nicht veranschaulicht.

Im Jahre 1909 kamen nur zwei Streiks von Gemeindegewerkschaften mit 243 beteiligten Personen und einem Verlust von 450 Arbeitsstunden vor; beide gingen verloren.

Die Lohnbewegungen sind gleichfalls nicht umfangreich gewesen, denn an den 15 Bewegungen, die geführt wurden, waren kaum 1000 Arbeiter beteiligt. In den fünf Jahren 1905—1909 gestaltete sich der Umfang und das Ergebnis der Lohnbewegungen der Gemeindegewerkschaften folgendermaßen:

Jahr	Lohnbewegungen	Beteiligte Arbeiter	Wöchentlich. Betrag der realen Lohnsteigerung
1905	44	5647	416 Pfst.
1906	99	9731	440 .
1907	86	6815	504 .
1908	59	2988	288 .
1909	15	947	71 .

Im eben abgelaufenen Jahre — 1910 — fehlten auch nur wenige Gemeindegeldarbeiter Lohnerhöhungen durch.

Der im Durchschnitt auf jeden beteiligten Arbeiter in der Woche entfallende Betrag der Lohnerhöhung stellte sich 1909 auf 1 1/2 Schilling, 1908 auf 1 1/4 Schilling, 1907 auf 1 1/2 Schilling, 1906 auf nicht ganz 1 Schilling und 1905 auf 1 1/2 Schilling.

Gegenwärtig richten die britischen Gewerkschaften ihr Hauptaugenmerk auf die Beseitigung des Zustandes, der durch das berühmte Urteil der Vorrichter in dem Prozeß des Werkmeyers Osborne gegen den großen Eisenbahnerverband geschaffen worden ist. Dieses Urteil verbietet die Verwendung von Geldern der Gewerkschaften für parteipolitische Zwecke. Kürzlich wurde übrigens noch entschieden, daß dieses Verbot auch für nicht registrierte Berufsorganisationen gilt. Eine Aenderung ist in nächster Zeit kaum zu erwarten, denn die Gesetzgebung wird sich vorerst mit der Reorganisation des Herrenhauses befassen und dann mit der Autonomie Irlands („Home Rule“), welche die irische Nationalistenpartei als Gegenleistung für ihre Unterstützung der Regierung fordert (die ohne die Iren im Abgeordnetenhaus keine Mehrheit hätte). Für die gewerkschaftliche Organisation in Irland würde „Home Rule“ eine schwere Zeit bedeuten, da dann auf der „grünen Insel“ ganz zweifellos die radikale Nationalistenpartei die unumschränkte Herrschaft hätte und es an Verfolgungen der Arbeiterorganisationen nicht fehlen ließe.

S. S.

## • Aus Politik und Volkswirtschaft •

### Vom Reichstag.

Berlin, 6. Mai 1911.

Die erste Woche nach den Osterferien brachte im Reichstag zwei bedeutsame Vorfälle zu den Verhandlungen über die Reichsversicherungsordnung. Die Debatte wird erst mit Beginn der neuen Woche in voller Breite einsetzen, um — wahrscheinlich mit einer einzigen kurzen Unterbrechung — zunächst bis Pfingsten zu dauern. Es werden schwere, aber auch interessante und für das Wohl und Wehe der deutschen Arbeiterklasse bedeutungsvolle Kämpfe werden. Und darum haben die Leser der „Gewerkschaft“ alle Ursache, sich über diese Verhandlungen täglich genauer, und zwar aus einem Blatt der Arbeiterklasse, zu unterrichten. Denn nur ein solches berichtet so ausführlich und übersichtlich, daß für einen Arbeiter wirklich genaue Kenntnis zu schöpfen ist.

Jene beiden Vorfälle nun bestanden in der ersten, kurzen Lesung zweier neuen Gesetzentwürfe, die unsere Reichsregierung einzubringen für gut befunden hat. Beide hängen mit der vor der zweiten Lesung stehenden Reichsversicherungsordnungs-Reform aufs engste zusammen. Das eine ist der Entwurf eines Einführungs-gesetzes zur Reichsversicherungsordnung, das zweite der Entwurf eines Gesetzes zum Zweck der Aufhebung des jetzt bestehenden Hilfskassengesetzes.

Der erstere von beiden ist der in politischer Beziehung wichtigere. Er enthält freilich in seiner Mehrzahl nur Paragraphen, die sich mit der Einführung der neuen durch die Reform der Reichsversicherungsordnung getroffenen Verhältnisse beschäftigen und dafür die notwendigen Anordnungen erteilen. Daneben und unter ihnen aber auch eine Anzahl, die die Dienstverhältnisse der Ortskrankenkassenbeamten und ihre Gehälter neu regeln. In der Reichsversicherungsordnung, wie sie jetzt durch die Reform geplant ist, ist einer der schlimmsten Punkte die Bestimmung, daß künftig zu den Krankenkassen zwar die Beiträge wie bisher, das heißt zwei Drittel von den Arbeitern, ein Drittel von den Arbeitgebern gezahlt werden sollen, daß aber das Wahlrecht der Arbeiter arg beschnitten wird, so daß der Vorsitzende nur dann als gewählt gilt, wenn er die Mehrheit sowohl von den Arbeitern, als auch von den Unternehmerstimmen erhält. Im Streitfall ernennen die Verwaltungsbehörden den Vorsitzenden auf Kosten der Kasse. Von dem Vorstand können Beamte nur dann angestellt werden, wenn sowohl die Mehrheit der Arbeiter, wie der Arbeitgebervertreter den gleichen Beschluß fassen. Ist das nicht der Fall, so stellt die Aufsichtsbehörde die Beamten an, versetzt die Dienstordnung, bestimmt die Gehälter. Da bei unseren politischen Verhältnissen eine solche Gemeinamkeit der Beschlüsse gerade bei der Frage der Anstellung und Bezahlung der Beamten nur ganz selten zu erreichen sein wird, so wird die Behörde ihre Leute in die Krankenkassen hineinbringen. Und das werden, wie das schon offen ausgesprochen worden ist, Militärärzte und Offiziere a. D. sein! Und hier steht nun der Gesetzentwurf über die Einführungsbestimmungen ein: auch für die jetzt schon angestellten Kassenbeamten aus der Arbeiterklasse sollen die bestehenden Dienstverträge und Befolgsordnungen entsprechend den neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung revidiert werden; wer von den Beamten sich dieser Revision nicht fügt, liegt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion behauptet nun, daß mit alle-

dem nichts weiter beabsichtigt ist, um möglichst viele jetzige, angeblich „sozialdemokratische“ Krankenkassenbeamte zum „Fliegen“ zu bringen. Der Abgeordnete Hoch enthüllte diese neuen arbeitersfeindlichen Pläne rücksichtslos.

Der zweite Gesetzentwurf bezweckt scheinbar etwas sehr Harmloses und Selbstverständliches, indem er vorsieht, daß jegliche Hilfskassengesetze aufzuheben und die bestehenden Hilfskassen (und deren Zahl ist groß!) dem schon vorhandenen Reichsamt zur Beaufsichtigung der Privatversicherung zu unterstellen. Auf diese Weise soll es möglich werden, die auch zahlreich bestehenden schwindelhaften Hilfskassen, die das Volk nur betrügen, zu beseitigen, was jetzt nicht möglich sei. Soweit das die Absicht des Gesetzes ist, müßten es auch die Arbeiter nur begrüßen. Ihre Vertreter im Reichstag sind aber der Ansicht, daß eine Beseitigung solcher schwindelhaften Kassen schon jetzt nach dem bürgerlichen Recht stets herbeizuführen ist, und daß, wenn man jetzt solch ein Gesetz einbringt, noch andere Pläne und Absichten bestehen, die sich dann nur gegen die anständigen freien Hilfskassen der Arbeiterklasse wenden können. Diesen Verdacht brachte der Abgeordnete Stadthagen zum scharfen Ausdruck. Die bürgerlichen Parteien lehnten ihn ab.

Beide Gesetzentwürfe gingen zur Weiterberatung an die noch bestehende Reichsversicherungsordnungs-Kommission.

## • Wallerbauarbeiter •

Die genannten Staatsarbeiter. Die „Gewerkschaftsstimme“ des „Christlichen“ Oswaldschen Verbandes bemüht sich krampfhaft, den Anschein zu erwecken, als ob die Tätigkeit der christlichen Arbeitervertreter während der bayerischen Landtagsession 1909/10 für die bayerischen Wasserbauarbeiter großartige Erfolge gebracht hätte. Aber in der Praxis bleibt eben Null mal Null = Null, so oft ich das auch multipliziere. Die Kammer der Abgeordneten hat nämlich durch einstimmigen Beschluß u. a. Ortslohnklassen zu 3, 3,20 und 3,50 Mk. festgelegt; dazu sollte noch eine Steigerung aller zwei resp. drei Jahre von 20 Pf. kommen bis zur fünfmaligen Wiederholung. Nun haben die bayerischen Wasserbauarbeiter trotz Versprechungen der christlichen Führer noch nichts von der Schaffung der Ortslohnklassen nebst Alterszulagen gespürt. Und die „Gewerkschaftsstimme“, wohlgerichtet: das Organ des Abg. Oswald, des Mitgliedes der Zentrumspartei (als der Zweidrittelmehrheit im bayerischen Landtag), verlangt von uns zu wissen, weshalb die Arbeiter die ihnen zugesagten Verbesserungen nicht erhalten haben!

Das ist nämlich so eine eigene Oswaldsche Art, sich mit Fragen über unangenehme Auseinandersetzungen hinstellbalaancieren. So naiv uns eine solche Frage berührt, so soll sie doch nicht unbeantwortet bleiben. Vorhin wurde nämlich schon gesagt, daß der diesbezügliche Beschluß des Landtages einstimmig gefaßt wurde. Das berührt an sich schon merkwürdig, wenn man die rückschrittlichen Gestalten beim Zentrum und auch anderen bürgerlichen Parteien kennt. Des Rätsels Lösung liegt darin, daß ein solcher Beschluß gänzlich ungenügend erschien, nachdem der sich auch als Arbeitervertreter gerierende Zentrumsdag. Caba u schon im vorberatenden „Sozialen Ausschuß“ erklärte, bezüglich der Durchführung müßte der Regierung freie Hand gelassen werden. Das wurde zentrumsseitig auch im Plenum wiederholt. Und die daraus entstehenden Kosten wollten die Herren vom Zentrum gar nicht einmal festgestellt wissen. Da haben wir nun die Geschichte auch schon. Herr Oswald hat vielleicht die Güte, die nötigen Millionen zu nennen und uns zu sagen, bei welchem Titel diese in den Etat eingestellt worden sind. Hat die Regierung die Mittel nicht, nützen auch die schönsten Beschlüsse nichts. Mit den Worten „nach Maßgabe der vorhandenen Mittel“ ist bei der trostlosen bayerischen Finanzlage wirklich nichts anzufangen, und so hat es trotz des einhelligen Beschlusses des Landtages — und die Praxis beweist das zur Evidenz — beim „Programm“ sein Bewenden. Das nennen dann die „Christlichen“ Arbeiter-Anführer „praktische Arbeit“. Aber da räuspert sich die „Gewerkschaftsstimme“ weiter: „Wir fordern hiermit Herrn Sebold bestimmt auf, und den Sach, den der Landtagsdag. Schwarz nach seinen Angaben gesprochen haben soll, wiederzugeben und zwar die Stelle, wo gesagt sein soll, daß man die Anträge Oswald nur als ein Programm annahm und aus agitatorischen Gründen gestellt hätte.“

Auch dieser Schmerz kann gestillt werden. Wir verweisen nur auf das „Bayerische Wochenblatt“ vom 20. September 1910, das über die Gerichtsverhandlung Oswald-Geisler berichtet und wo der Zeuge Schwarz u. a. ausführte: „Wir waren uns darüber klar, daß ein großer Teil des Antrages Oswald nicht Genehmigung finden konnte, denn es fehlte an den Finanzen. Wenn das die Gelehrten Kasperltheater nennen, so ist das aber nicht richtig. Bei Beginn der Landtagsession pflegten verschiedene Parteien sozialpolitische Anträge zu stellen. Dadurch wird unter dem Personal große Unruhe hervorgerufen und werden Hoffnungen ge-

wird. Um nun da endlich einmal Ruhe zu schaffen und der stetigen Agitation nach außen hin zu begegnen, haben wir gesagt, wir wollen jetzt auch einen Antrag stellen, und die vorhandenen Beschlüsse zusammenstellen, damit die Regierung Richtlinien ziehen und nach Maßgabe der verfügbaren Mittel den Antrag zur Durchführung bringen kann. Wir wollten der Regierung lediglich ein ganzes Programm vorlegen. — R.-M. Rumpf: War der Zweck des Antrags Oswald nicht, der Regierung Richtlinien zu geben? — Zeuge Schwarz: Da ich aus dem „Sozialen Ausschuss“ austrat, kann ich darüber Bestimmtes nicht aussagen, allein ich glaube, daß diese Meinung bestand. Von einzelnen unserer Anträge war schon vorzusehen, daß sie nicht realisierbar sind. Wir stellten sie aus agitatorischen Gründen.

Fügen wir dem noch bei, wie sich bei der gleichen Verhandlung der Abg. Hübsch (liberal) äußerte: „Ich habe im Landtag ausgeführt, daß das Zentrum sozialpolitische Anträge stellte, daß es aber nicht einmal wissen wollte, was die Durchführung dieser Anträge kostet. Ich sagte deshalb, wenn die Mehrheitspartei bei Anträgen, die sie verabschieden kann, wie sie will, nicht diese finanziellen Konsequenzen zieht, so sind auch diese Anträge nicht ernst zu nehmen.“

Damit sollte sich der neugierige Frager in der „Gewerkschaftsstimme“ zufrieden geben. Nun ist aber weiter die Kammer der Reichsräte über die Beschlüsse der Kammer „zur Tagesordnung“ übergegangen. Es liegen somit übereinstimmende Beschlüsse beider Kammern nicht vor, und die Regierung ist an nichts gebunden. Und wie die Praxis zeigt, hat sie auch nichts durchgeführt von den schönen Lohnlüssen (wobei übrigens noch bemerkt sei, daß auf nicht wenigen Baustellen jetzt schon ein höherer Grundlohn gezahlt wird und folglich die Anträge Oswalds eine Lohnminderung bedeuten würden). Es ist also doch ein mehr als merkwürdiges und sehr gewagtes Beginnen, bei den Wasserbauarbeitern — wie es in Plattling geschehen ist — den Glauben zu erwecken, es müßte unbedingt eine Lohnerhöhung von 20 Pf. ab 1. Januar 1911 eintreten. Daß dem nicht so ist, hat ja inzwischen die Praxis ergeben.

Nun will die „Gewerkschaftsstimme“ auch noch wissen, wie es gemacht werden soll, um der Regierung (und, fügen wir gleich bei, auch der Kammer der Reichsräte) Daumenschrauben anzulegen und sie so zur Durchführung resp. Zustimmung zu Beschlüssen der Kammer der Abgeordneten zu zwingen. Will sie etwa damit sagen, daß die 98 Räte Zentrumsstiesel im Landtag gegen die Meinung der genannten Körperschaften machtlos seien, so möge man das nächste Mal dafür „Sozi“ hinschicken, die werden ihnen das vormachen. Ja, darin liegt eben die Schuld des Zentrums resp. des Landtages, daß die zur Durchführung nötigen Mittel nicht bereitgestellt wurden. So manchem Staatsarbeiter wird es jetzt bammern, daß die Sozialdemokraten im Landtag ein solch mangelhaftes Budget ablehnen, um eine andere, bessere Etatsaufstellung an dessen Stelle zu setzen, in der auch die Arbeiterwünsche — nicht bloß jene der Grohbauern — Berücksichtigung finden. Denn merkwürdigerweise hat es das Zentrum immer verstanden, sich durchzusetzen, wenn es diesen Agrariern zum Guten diene. Und nicht nur in der Gemeinde, sondern — o Grausen! — auch im Landtag hat das Zentrum schon wiederholt gegen das Budget gestimmt, um sich die Durchführung ihrer Anträge zu erzwingen. Es handelt sich also durchaus nicht um das „Wie“, sondern darum, daß auch die Durchführung der zugunsten der Staatsarbeiter gefassten Beschlüsse mit der gleichen Energie erzwungen wird. Uebrigens, welcher Mittel will sich denn die Zentrumspartei gegen den Minister Frauendorfer bedienen, wenn er ihr bezüglich der Behinderung von Sozialdemokraten nicht zu Willen ist? — Da will man doch auch „alle parlamentarischen Konsequenzen“ ziehen, wie die Pöhlische „Donauzeitung“ verkündete. Oder ist vielleicht die Durchführung beschlossener Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Staats- und Wasserbauarbeiter weniger wichtig, als vielleicht der Hinauswurf einiger unbeherrschter Arbeiter?

Eine solche Mehrheitspartei — die Bewilligung der nötigen Mittel vorausgesetzt —, die die Regierung nach eigenem Gutdünken gewähren ließe und nicht gegen die entgegen gesetzten Voten der Kammer der Reichsräte zu handeln wüßte, gegen die wäre der „Simplizissimus“-Hilfer doch noch ein wahrer Prachtkerl von einem Parlamentarier. Uebrigens sei hier eine Gegenfrage aufgeworfen: Die christlichen Gewerkschaften wollen doch von einem Streik in Staatsbetrieben nichts wissen. Wie soll es nun diesbezüglich gehalten werden, wenn die legitime Volksvertretung — das Landesparlament — den Arbeitern Zugeständnisse macht, dagegen sich die Kammer der Reichsräte widersetzt und die Durchführung verhindert? — Ist dann ein Streik — sagen wir der Eisenbahner — erlaubt?

Um zu resumieren: Wären also die Mittel zur Durchführung der gefassten Beschlüsse da und genehmigt, so müßte das Zentrum — Oswald allen voran — mit einem heiligen Donnerwetter hinter die Regierung fahren; das ist aber nicht der Fall, und somit ist es ein von wenig Christen um zeugender Vorgang, wenn „christliche“ Agitatoren den Arbeitern Versprechungen machen, die sie zu erfüllen nicht in der Lage sind.

J. Sebold.

## Notizen für Gasarbeiter

**Gotha.** Zu einem Solidaritätsstreik kam es am 2. Mai in der Gasanstalt zu Gotha. Den in der betreffenden Anstalt beschäftigten Installationsarbeitern wurde eine Herabsetzung der Alfordssätze geboten, wogegen die Kollegen durch das Arbeiterauschuhmitglied L. protestierten. Ein Unorganisierter, der sich zuerst stillschweigend mit den Maßnahmen seiner Mitkollegen einverstanden erklärte, intervenierte nachher beim Direktor mit dem Einweis, daß er mit dem gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnis einverstanden sei. Begreiflicherweise erregte dieses Vorgehen bei den übrigen Kollegen Unwillen und führte dazu, daß selbige dem Störenfried Vorhaltungen machten. Der Direktor lehnte nunmehr den Spieß um und kündigte das Arbeiterauschuhmitglied L., nachdem der Unorganisierte der Direktion erklärt hatte, daß er unter gegenwärtigen Umständen seine Arbeit aufgeben müßte. Auf Vorfälligwerden desselben wurde ihm betont, daß man endlich Ruhe haben wolle und diese nur eintreten würde, wenn er aus dem Betrieb entfernt sei. Die Entlassung dieses Kollegen veranlaßte die Mitarbeiter, in einer Versammlung Stellung zu der Maßnahme des Direktors zu nehmen. Man wählte eine Kommission, welche vorstellig wurde und die Wiedereinstellung des Entlassenen forderte. Dreimalige Verhandlungen blieben erfolglos, die Direktion lehnte kurzerhand ab. Hierauf traten alle Installationsarbeiter in den Ausstand. Ein persönliches Eingreifen der Organisationsleitung wurde dadurch vereitelt, daß der Direktor erklärte, auf Anordnung der Generaldirektion in Dessau keine Verhandlungen mit dem Verbands pflegen zu dürfen. Da inzwischen die Gesellschaft aus den Tochteranstalten in Dessau, Nordhausen und Rudolstadt Ersatzkräfte herangezogen hatte, war die Situation für die Ausständigen eine ungünstige geworden. Sie traten deshalb durch die Kommission nochmals in Verhandlung, welche dazu führte, daß der Direktor die Wiedereinstellung aller Kollegen mit Ausnahme des Arbeiterauschuhmitgliedes zusagte. Unter den obwaltenden Umständen mußten die Arbeiter dieses Angebot akzeptieren. Wenn der Ausgang der ganzen Aktion ein ungünstiger war, so liegt dies vor allen Dingen an der unüberlegten Handlungsweise der Kollegen. Durch die sofortige Niederlegung der Arbeit wurde die Verhandlungsmöglichkeit unterbunden als auch alle Repressivmaßnahmen preisgegeben. Die Gesellschaft besand sich in der guten Situation, bald genügenden Ersatz zu finden, während es den Ausständigen an jeder Handhabung fehlte, schärfer gegen die Gesellschaft vorgehen zu können. Hingzu kam, daß die Innenbetriebsarbeiter mit wenigen Ausnahmen der Organisation fernstehen. Es sitzen hier hauptsächlich noch die Arbeitswilligen vom Streik im Jahre 1906, von denen eine Solidaritätsbezeugung selbstredend nicht zu erwarten stand. Kann auch die Handlungsweise der Mitarbeiter durch die Befundung ihres Solidaritätsgefühls nur anerkannt werden, so ist es doch notwendig, für die Zukunft solche Aktionen nur gut vorbereitet zu unternehmen, um dadurch eine bessere Gewähr für das Gelingen zu haben.

**Chemnitz.** Infolge der teuren Lebensverhältnisse reichten die Arbeiter beider Gasanstalten im November 1910 folgenden Lohnantrag an Rat und Stadtverordneten ein: 1. für Maschinenisten, Heizer, Heizerkinderarbeiter, Ammonial- und Wassergasarbeiter pro Woche, zu 8½ Schichten gerechnet, 32 Mk., alljährlich steigend um 1 Mk. pro Woche bis zum Höchstlohn von 42 Mk. Die achte Schicht soll als Extraschicht gerechnet und bezahlt werden; 2. für Installateure, Schlosser, Schmiede 32 Mk., steigend in derselben Weise wie bei obigen Arbeitern bis zu 42 Mk., Maurer 33—43 Mk.; 3. für Installateurgehilfen 28 Mk., steigend wie bei vorgenannten Arbeitern bis zu 36 Mk., Zählerwärter 28—40 Mk.; 4. Werkstatthelfer, Rohrleger, Telephon-, Hof- und Plagarbeiter wünschen einen Anfangslohn von 26 Mk., steigend alljährlich um 1 Mk. bis zum Höchstlohn von 33 Mk. Die Arbeitszeit soll für alle unter 2, 3 und 4 angeführten Arbeiter um eine Stunde verkürzt werden, so daß an Stelle der zehnstündigen Arbeitszeit die neunstündige tritt. Den Ammonialarbeitern der Gasanstalt 1 soll der Achtundtag so gut wie den in der Gasanstalt 11 beschäftigten Arbeitern gewährt werden. Für Ueberstunden sollen 3½ Proz. und für Sonntagsarbeit 50 Proz. gezahlt werden. Den Rohrlegern soll die Dujour nach acht Stunden berechnet und den Zählerwärtern die Sonntags-Dujour mit 5 Mk. vergütet werden. Rohrleger und Telephonarbeiter wünschen, daß bei Arbeiten, die 2 Kilometer vom Zentrum der Stadt entfernt ausgeführt, 50 Pf. und bei doppelter Entfernung 1 Mk. als Auslösung gezahlt werden möge. Der Urlaub soll betragen: Nach einjähriger Tätigkeit 3 Tage, nach zweijähriger Tätigkeit 5 Tage, nach fünfjähriger Tätigkeit 10 Tage und nach zehnjähriger Tätigkeit 14 Tage. — Obwohl in dem Tarif Wochenlöhne vorgegeben sind, haben es die maßgebenden Körperschaften

nicht für notwendig gehalten, demgemäß die Löhne festzusetzen, sondern haben einigen Arbeitern 3 Pf., anderen 2 Pf., ja sogar 1 Pf. zugelegt. Man sieht hieraus, daß sich die Stadt, resp. Gasanstaltsverwaltung tüchtig ins Zeug gelegt hat. Daß die Löhne einer Regelung bedürfen, geht schon daraus hervor, daß die Löhne der Feuerhausarbeiter an 25. und für Hof- und Plagarbeiter gar erst an 28. Stelle in unserer Zusammenstellung stehen. Bisher wurde ein Urlaub von 3 Tagen gewährt, wer 5 Jahre auf dem Hof beschäftigt oder 3 Jahre als Feuerhausarbeiter tätig war; von 10 Jahren ab gab es 6 Tage. In Zukunft soll der Urlaub bei 5 Jahren 6 Tage und bei 10 Jahren 10 Tage betragen. Wer früher am 30. September anfangen und seine fünf Jahre auf dem Hof gearbeitet hatte, bekam noch seinen Urlaub. Nach dem neuen System wird vom 1. April an gerechnet. Wer da z. B. am 2. oder 3. April in Arbeit tritt, der muß ein oder zwei Tage weniger als 6 Jahre arbeiten, ehe er in den Genuß von Urlaub kommt. Darum nahmen die Arbeiter beider Gaswerke am 21. April in einer starkbesuchten Versammlung Stellung zu der Lohnzulage. Nach dem vom Arbeiterausschuß erstatteten Bericht folgte eine recht lebhaft debattierte, in welcher allgemein zum Ausdruck kam, daß die erfolgte Lohnregelung keineswegs befriedigend genannt werden könne. Das ist ja auch selbstverständlich angesichts der Tatsache, daß den eingereichten Anträgen nicht im entferntesten Rechnung getragen worden ist. Einmütig stimmte die Versammlung folgender Resolution zu: „Die Versammlung muß bedauern, daß ihren wohlbegründeten Forderungen vom November 1910 bei weitem nicht entsprochen worden ist. Die Gasarbeiter hatten mehr Entgegenkommen erwartet, da sie in mancher Beziehung anderen Betrieben nachstehen. Die Versammlung erklärt deshalb, an ihren Anträgen vom November im vollen Umfange festhalten zu müssen, und sie beauftragt den Arbeiterausschuß, diese Forderungen unverzüglich erneut einzubringen und zugleich um mündliche Verhandlungen mit dem Gasauschuß nachzusuchen.“

**Annahme des Gasanstalts.** Seit etwa der Mitte des Jahres 1910 hat der Gasanstalt in deutschen Städten auffallend rasch zugenommen. Während beispielsweise in Berlin der Zuwachs an Gasanstellten im ersten Halbjahr 1910 9474 betragen hatte, stellte er sich im zweiten Halbjahr auf das Doppelte, nämlich 18981. Im ganzen sind also im Jahre 1910 28456 neue Gasannehmer hinzugekommen, und zwar, da jede neuere Wohnung schon Gasanschluß hat, zum weitaus überwiegenden Teil aus den Schichten, die mit ihren Mitteln zu rechnen haben; die Elektrizität, die vorwiegend in den Kreisen der oberen Reihlaufend und der ihnen nahestehenden ihre Abnehmer hat, befähigt in Berlin Anfangs November 1910 überhaupt im ganzen nur 30148 Abnehmer, also kaum mehr, als bei dem Gase an Zuwachs in einem Jahre zu verzeichnen ist. Nicht anders der Gasabfah. Im ersten Halbjahre 1910 wies er in Berlin gegen die gleiche Zeit des Vorjahres nur ein Mehr von 2,9 Proz., dagegen im zweiten Halbjahr von 5,9 Proz. auf; in Charlottenburg sind die Zahlen 2,9 Proz. und 10,2 Proz. Tiefe Verhältnisse prägen sich auch sonst in Deutschland mehr oder weniger deutlich aus; beispielsweise in Köln wies der Gasabfah im ersten Halbjahr 1910 gegen 1909 ein Minus von 2,20 Proz., im zweiten Halbjahr ein Plus von 0,62 Proz. auf. Augenblicklich haben die Branchen der Gasindustrie eine in Deutschland noch nicht dagewesene Hochkonjunktur, wie das Resultat einer Rundfrage ergibt, die an sämtliche deutsche Gaswerke gerichtet wurde; danach nahm die Zahl der an die Gaswerke angeschlossenen November 1910 gegen November 1909 um nahezu 12 Proz. zu. Infolgedessen sind die Gaswerkfabriken ungemein stark beschäftigt, einzelne in dem Grade, daß sie der Nachfrage nicht voll entsprechen konnten. Ähnlich lauten die Berichte aus der Gaslocher- und Gasherdbranche und aus der Beleuchtungsbranche.

### • Aus den Stadtparlamenten •

**Ulm.** In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderat beschlossen, den Familien ständiger städtischer Arbeiter, die zu militärischen Übungen einberufen werden, für die Zeit der Einberufung einen Zuschuß in solcher Höhe zu gewähren, daß ihnen der gesamte Lohnbezug des Familienvorstandes zur Verfügung steht. Ferner wird den städtischen Arbeitern, die das 25. Lebensjahr überschritten haben und drei Jahre hindurch ununterbrochen im Dienst der Stadt tätig waren, jedes Jahr unter Fortbezug des Lohnes ein dreitägiger Urlaub gewährt. Die drei Feiertage Neujahr, Karfreitag und Christi fest erhalten die städtischen Arbeiter künftig als Arbeitstage bezahlt.

**Ludwigshafen.** Der Stadtrat beschloß, die bisherige neunstündige Arbeitszeit der nahezu 400 städtischen Lohnarbeiter an allen Samstagen auf sieben Stunden zu verkürzen und an diesen Tagen in ungeteilter Arbeitszeit ohne Lohnkürzung durcharbeiten zu lassen, so daß die Arbeiter von 2 Uhr nachmittags an frei haben. Für dringende Arbeiten bleibt bei jedem Betriebe ein Bereitschaftsdienst von einigen Mann im Turnus eingerichtet.

### • Aus unserer Bewegung •

**Augsburg.** In einer überfüllten Versammlung nahmen am 20. April die hiesigen städtischen Arbeiter im Saale des „Wittelsbacher Hofes“ Stellung zu der Behandlung unserer Forderungen in der Staatsberatung für das Jahr 1911. Kollege Weigl erläuterte eingehend, wie man die Forderungen der städtischen Arbeiter immer abzutun gedenkt. Zum Teil werden die gestellten Forderungen vom vornherein abgelehnt, zum Teil aber mit allem Vorbedacht derart lange verschleppt, daß es tatsächlich der Stadtverwaltung Augsburg nicht mehr zur besonderen Ehre gereichen wird. So z. B. hat sich außer den sozialdemokratischen Vertretern im Rathause noch kein Mensch gefunden, der sich der vor circa drei Jahren eingereichten Änderungsanträge der Arbeitsordnung angenommen hätte. Im bürgerlichen Lager hat man dies schon vor zwei Jahren versprochen, gehalten oder gar eingelöst wurde dieses Versprechen bis heute nicht. Dies ist um so bedauerlicher, da ja gerade die gegenwärtige Arbeitsordnung von „altritterlichen“ Bestimmungen glänzt, eine soziale Bestimmung nicht enthält und in mancher Beziehung mehr den im Jahre 1909 erlassenen Ausführungsbestimmungen zur Lohnzulage anzupassen ist bezw. sich mit denselben vereinbaren läßt. Sein Votum anders steht es mit den Lohnverhältnissen. Leute, die ein Herz für den Mitmenschen besitzen, können unmöglich der Anschauung zum Opfer fallen, daß ein Tagelohn von 2,90 Mk. oder von 3,10 Mk. bei der heutigen Teuerung zur Ernährung einer Familie ausreichen wird. Diese Anschauung hatten sich auch die Herren Stadtväter trotz aller Rührigkeit nicht mehr zu eigen machen können, und so beschlossen sie denn auch, alle städtischen Arbeiter, die ein Jahreseinkommen unter 1200 Mk. beziehen, ab 1. Juli d. J. um 20 Pf. pro Tag aufzubessern. Leider wurde ein Betrag in den Etat nicht eingelegt, so daß die Summe nach nochmaliger Durchberatung im Magistrat dem Meierbesondres entnommen werden sollte. Bedauerlich ist es, daß man trotz der teuren Preise wieder einen Teil der Arbeiter von dieser Aufbesserung ausschließen will. Bedauerlich ist auch, daß nach 18jähriger ununterbrochener Arbeitszeit der Höchstlohn erst erreicht wird. Auch in der sonstigen Fürsorgeeinrichtung mangelt es in Augsburg noch ganz gewaltig. Dabei ist es an der Zeit, daß endlich die städtischen Arbeiter von ihrem Schicksal erwachen. Ausbau der Organisation unseres Verbandes muß es jetzt unter den städtischen Arbeitern heißen, damit wir immer mehr und mehr unseren Zielen näherkommen. Die Versammlung nahm nach lebhafter Diskussion nachstehende Resolution an: „Die Versammlung erkennt an, daß bei Durchführung der in Aussicht genommenen Lohnerhöhung eine kleine Besserstellung der niedriger entlohten städtischen Arbeiter eintreten wird, die aber keineswegs ein zufriedenstellendes Resultat bei der Gesamtheit der städtischen Arbeiter zeitigt. Es wird sich dadurch die an sich herrschende Unzufriedenheit in beigem Maße noch ganz bedeutend erweitern. Deshalb bedauern die städtischen Arbeiter, daß bei Beratung des Etats für 1911 nicht ein fixer Betrag zur Aufbesserung aller städtischen Arbeiter eingesetzt wurde. Noch mehr aber bedauern die Versammelten, daß die Vermittlungsanträge der Sozialdemokraten abgelehnt wurden. Die Versammelten erlauben sich daher neuerdings das Ersuchen zu stellen, die verehrlichen städtischen Kollegen wollen beschließen: 1. die vorgesehene Aufbesserung der städtischen Arbeiter mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar 1911 zu gewähren; 2. allen jenen städtischen Arbeitern, die nach dem jetzigen Beschluß eine Lohnerhöhung nicht erhalten, wenigstens eine solche von 10 Pf. pro Tag zu genehmigen; 3. wolle den Gasbetriebsarbeitern, die infolge ihrer größeren physischen Leistungen eine Betriebszulage erhalten, ohne Rücksicht auf die Höhe des Jahreseinkommens die 20 Pf. Zulage pro Tag gewährt werden; und 4. ersuchen die städtischen Arbeiter, die verehrlichen Kollegen wollen endlich daran gehen, die schon vor nahezu zwei Jahren versprochenen neuen Bestimmungen der Arbeitsordnung zu erlassen. Die Versammlung erwartet daher, daß die verehrlichen städtischen Kollegen, insbesondere aber der hohe Magistrat, bei Ausarbeitung der Vorlage die hier vorstehenden Punkte beachten mögen, um wenigstens eine kleine Besserstellung aller städtischen Arbeiter herbeizuführen.“

**Frankfurt a. M.** Auf die wiederholten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, die Verkürzung der Arbeitszeit der städtischen Arbeiter betreffend, legt der Magistrat den Stadtverordneten jetzt eine Denkschrift des Statistischen Amtes vor, die die Ergebnisse der Untersuchung über die Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter eingehend behandelt. Die Denkschrift selbst ist uns noch nicht zugegangen; wir können uns also vorläufig nur auf die Erläuterungen beziehen, die der Magistrat dazu in einer Vorlage gab. Danach haben von den im ganzen untersuchten 5787 Arbeitern 553 eine Tätigkeit, bei welcher der Bereitschaftsdienst vorherrscht (Förtner, Wächter, Wärter) oder eine erhebliche Rolle spielt und rechnerisch nicht zu erfassen ist (Haus- und Pflegenpersonal der Krankenanstalten, Personal der Kinderheime u. dgl.). Die Arbeitsdauer beider Gruppen ist, so sagt das Statistische Amt, selbstverständlich anders zu beurteilen wie die der übrigen Arbeiterkraft. Von dieser übrigen Arbeiterkraft (5234 Personen) arbeiten im Jahresdurchschnitt: 644 = 12 Prozent täglich bis zu

9 Stunden, 2700 = 52 Prozent täglich über 9 bis 9½ Stunden, 1104 = 21 Prozent täglich über 9½ bis unter 10 Stunden, 687 = 10 Prozent täglich 10 Stunden, 249 = 5 Prozent täglich über 10 Stunden. Es haben also 85 Prozent bereits einen täglichen Dienst von weniger als 10 Stunden. Nach der Art des Dienstes unterscheidet die Denkschrift, abgesehen von dem oben erwähnten Personal mit Bereitschaftsdienst, drei Gruppen: 1. Arbeiter mit täglich gleichmäßigem Dienst (z. B. Werkstättenarbeiter), 1058 Personen = 20 Prozent. 2. Arbeiter mit wechselndem Dienst, für welchen sich ein Dienstplan nicht aufstellen läßt (z. B. Handwerker der Gas- und Wasserwerke, Arbeiter der Gas- und Lagerhausverwaltung), 1885 Personen = 36 Prozent. 3. Arbeiter mit einem, nach Dienstplan periodisch wechselndem Dienst (z. B. Jahrpersonal der Straßenbahn, Schichtarbeiter), 2291 Personen = 44 Prozent. In der Denkschrift sind weiter die Mehrkosten berechnet, welche eine Verkürzung der Arbeitszeiten der jetzt noch längere als 9½ Stunden im Durchschnitt beschäftigten Arbeiter auf 9½ bezw. 9 Stunden erfordert. Sie betragen, nach Abzug der Mehraufwendungen für die seit März 1909 durchgeführten Verkürzungen, bei einer Herabsetzung der Arbeitszeit auf durchschnittlich 9½ Stunden über 150 000 Mark, auf durchschnittlich 9 Stunden über eine halbe Million Mark. Grundsätzlich ist der Magistrat auch ferner bereit, weitere Verkürzungen eintreten zu lassen, glaubt aber, daß es augenblicklich nicht angebracht ist, Änderungen in dem von der Stadtverordnetenversammlung am 27. Oktober 1908 beantragtem Umfange vorzunehmen, zumal erst im Jahre 1909 die Arbeitslöhne erhöht worden sind und hierfür, sowie für eine Aufbesserung der Beamten- und der Lehrergehälter ein dauernder, jährlich steigender Mehraufwand von jährlich über anderthalb Millionen Mark entstanden ist. Er wird jedoch, wie erwähnt, nach wie vor, entsprechend den Bedürfnissen und den an die Arbeiter gestellten dienstlichen Anforderungen, mit Verkürzung der Arbeitszeiten vorgehen und hierbei sein Augenmerk namentlich den Arbeitergruppen zuwenden, bei denen die Ansprüche des Dienstes Erleichterungen nützenswert erscheinen lassen, wie dies seither z. B. bei dem Jahrpersonal der Straßenbahn und in allerjüngster Zeit erneut bei den Fernarbeitern geschehen ist. Dabei muß aber auf gleichartige Bedürfnisse in den verschiedenen Betrieben Rücksicht genommen werden und es darf nicht außer acht bleiben, daß unter Umständen die Einführung von Änderungen für eine Gruppe Rückwirkungen auf andere nach sich ziehen muß. Mit anderen Worten: an eine Verkürzung der Arbeitszeit ist vorläufig nicht zu denken!

**Seibelberg.** Am 5. Mai fand im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter statt. Stadtv. Gen. Rauch referierte über „Lohnbewegung, Verkürzung der Arbeitszeit usw.“. In ausführlicher Weise führte er den Kollegen vor Augen, daß sie zu denjenigen Arbeitern gehören, die immer am tiefmütterlichsten bedacht werden. Wenn es sich um andere Arbeitskräfte, und zwar um Beamte handelt, sei man viel schneller mit der Aufbesserung der Lebenslage bei der Hand. Dort sucht man die Kräfte möglichst lange arbeitsfähig zu erhalten, um Pensionen zu ersparen. Bei den Arbeitern will man das aber anders machen, indem man sie einfach, wenn sie ihre Arbeit nicht mehr voll leisten können, beiseite schiebt, damit man die Pension spart. Nach lebhafter beständiger Diskussion erwähnte Gauleiter Hedemann zum Eintritt der Unorganisierten und empfahl festes Zusammenhalten, um unsere Forderungen schneller zur Durchführung zu bringen.

**Reilbrunn.** In der gut besuchten Versammlung vom 8. April hielt Kollege A. Rohs-Berlin einen Vortrag. Als Vorsitzender der Filiale wurde Kollege J. Ritzer neugewählt. Auch die Versammlung vom 20. April zeigte einen guten Besuch. Es konnte hier die Aufnahme mehrerer Mitglieder bekanntgegeben werden, so daß der frühere Bestand nahezu wieder erreicht ist. Von mehreren Kollegen des Tiefbauamtes wurde gellagt, daß die Betriebsleitung sich nicht immer an die Bestimmungen der Arbeitsordnung über die Vorrückung in den Lohnstufen hält. Die dadurch geschädigten Kollegen sollen zu der am 18. Mai stattfindenden Versammlung besonders eingeladen werden.

**Karlsruhe.** Die hiesige Filiale hatte schon im Dezember 1910 eine gut begründete Eingabe an den Stadtrat eingereicht, in der eine allgemeine Lohnaufbesserung von 30 Pf. beantragt wurde. Daraufhin ließ der Stadtrat durch Fragebogen statistische Erhebungen machen, obwohl die Eingabe derart ausgeartet war, daß man den Nachweis sehr leicht ohne die Erhebungen hätte prüfen können. Nun sind bereits vier Monate ins Land gegangen, und noch immer ist das Material der Erhebung nicht zusammengekommen. Es ist daher sehr begreiflich, wenn unter den städtischen Arbeitern eine Gärung entstand. Sie wurde noch gesteigert durch die von Herrn Oberbürgermeister Siegrist anlässlich der Voranschlagsberatung gemachte Aeußerung, daß den Arbeitern Familienzulage gewährt werden soll. Um gegen eine derartige Verschleppung Stellung zu nehmen, berief die hiesige Filiale auf den 20. April im Saal der „Alten Brauerei Red“ eine öffentliche Versammlung ein, welche einen überaus zahlreichen Besuch aufzuweisen hatte. Kollege Hedemann sprach über: „Die Lohnforderungen der städtischen Arbeiter und die Stellung des Stadi-

rats“. An der Hand statistischen Materials wies der Referent nach, daß die Löhne der städtischen Arbeiter in Karlsruhe weit hinter denen anderer Städte stehen. Ebenso seien auch die Arbeiter in der Privatindustrie bedeutend besser gestellt als die städtischen Arbeiter in Karlsruhe; dieses lasse sich sehr leicht durch dort abgeschlossene Lohnverträge nachweisen. Bei der Gewährung von Familienzulagen schaffe man wieder jenes Zulagensystem, welches man vor zwei Jahren durch Beseitigung der Jahresgratifikation abgeschafft habe. Man solle die Arbeiter entlohnen, daß sie mit ihren Familien bei diesen teuren Verhältnissen ehrlich durchkommen können, und wenn man dann noch etwas mehr tun wolle für die mit großem Kindersegen bedachten Familien, dann wäre die Familienzulage am Platze. Die Versammlung nahm darauf folgende Resolution einstimmig an: „Die heutige von über dreihundert städtischen Arbeitern besuchte öffentliche Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Tatsache, daß die bereits im Dezember 1910 dem Stadtrat unterbreitete Eingabe des Gemeindefacharbeiterverbandes um Gewährung von 80 Pf. pro Tag Lohnzulage bis heute noch nicht erledigt ist. Die Versammlung protestiert gegen die Absicht, den städtischen Arbeitern nun Familienzulage und keine Lohnhöhung zu gewähren. Sie ist der Ansicht, daß angesichts der außerordentlich niedrigen Löhne der städtischen Arbeiter, die weit unter den Löhnen in der Privatindustrie stehen, nicht Familienzulagen, sondern allgemeine durchgreifende Lohnhöhungen am Platze sind. Die Versammlung erwartet von einem berechnlichen Stadtrat eine baldige Erledigung im Sinne der Petition des Gemeindefacharbeiterverbandes und des Arbeiterratschusses.“ Nach einer Aufforderung an die Indifferenten durch den Vorsitzenden, dem Verband beizutreten, fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Leipzig.** Unsere Filiale hielt am 28. April im „Libell“ eine gutbesuchte Versammlung ab, in der Genosse Frenzel einen bellfälligen aufgenommenen Vortrag über „das Stützungsweesen der Stadt Leipzig“ hielt. In der sich an diesen Vortrag anschließenden Diskussion wurde hervorgehoben, daß die städtischen Arbeiter, insbesondere bei der Straßenreinigung, bei Besuchen an die Stützungen sich gegenüber anderen Gesuchstellern in einer Ausnahmestellung befänden. Solche Gesuche müssen vor ihrem Abgehen dem Vorgesetzten gemeldet werden und ist die eventuelle Bewilligung von der Begutachtung des Vorgesetzten abhängig. Daß bei solchen Begutachtungen meistens die dienstlichen und persönlichen Verhältnisse in den Vordergrund gestellt werden und die Bedürftigkeit erst in zweiter Linie daran kommt, ist zur Genüge bekannt geworden. Ueber die Bedeutung des 1. Mai referierte Kollege Schuchardt und ließ die Diskussion erkennen, daß in Zukunft die Freigabe des 1. Mai von der Stadtverwaltung gefordert werden möchte. Die Abrechnung vom 1. Quartal zeigte wiederum einen erfreulichen Fortschritt in finanzieller Beziehung, wie auch in bezug auf das Wachstum der Mitglieder. Die Abrechnung bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 9184,79 Mk. An Unterstützungen wurden ausgezahlt: Für Sterbeunterstützung 95 Mk., Krankenunterstützung 882,67 Mk., Arbeitslosenunterstützung 99 Mk. In besonderen Fällen 42 Mk. Am Schlusse des Quartals waren 1160 Mitglieder vorhanden, von denen 1140 ihre vollen 13 Beiträge im Quartal gezahlt hatten. 14925 Markten wurden verkauft. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Als Kandidat zum Gewerkschaftskongress wurde Kollege Schuchardt einstimmig in Vorschlag gebracht. Die Wahl findet am Sonntag, den 28. Mai, statt in folgenden Lokalen: Für das Zentrum: Volkshaus von vormittags 11 bis 7 Uhr nachmittags; Süden: „Gambinus“, Ottensow, 11–7 Uhr; Südost: Thonberger Gasthof 11–3 Uhr; Osten: Restaurant Schöder, 11–3 Uhr; Westen: Stadt Altenburg, L. 2., 11–3 Uhr; Norden: Restaurant Wönschhof, 11–7 Uhr. Mit dem Hinweis, sich an der Wahl vollzählig zu beteiligen, schloß der Vorsitzende sodann die Versammlung.

**München.** Aus Münchens städtischen Betrieben bringt die „Gewerkschaftsstimme“ in Nr. 18 in allgemeiner Entstellung einen Bericht über die Beschlüsse der Münchener städtischen Kollegen, verfaßt aber dabei, die Taten der eigenen Fraktion — des Rathauszentrums — nach Gebühr niedriger zu hängen. Stimmt doch kürzlich die Mehrheit dieser Partei im Gemeindefachkollegium gegen die Hingabegabe eines Antrages an den Magistrat „zur Würdigung“ betriebs der Einführung der stündigen Arbeitszeit in städtischen Betrieben. — Von unserer Seite ist die Frage der Versorgungslasse wiederholt eingehend erörtert und so weit geklärt, daß sich jeder Kollege ein Bild machen kann. Die armeligen persönlichen Vermögensumfänge, die der Artiletschmicker beliebt, bezeugen nur, wie verlegen man um Sachgründe ist, unserer Darstellung entgegenzutreten.

**Wiesbaden.** Nachdem unsere Filiale bereits im Juli 1909 eine umfangreiche Eingabe an den Magistrat und Stadtverordnete um Neuregelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerichtet hatte, ist endlich nach 1½ Jahren ein Lohnvertrag zustande gekommen, der, wenn auch nicht ganz nach unserem Wunsche, am 2. April d. J. in Kraft getreten ist. Während man früher nach Günst und Willkür die Arbeiter entlohnt hat, ist damit jetzt in der Hauptsache gebrochen. Immerhin hat man auch hier wieder einen Ausweg

bestanden für diejenigen, die es verstanden, sich bei ihren Vorgesetzten beliebt zu machen. Gatten wir früher in der Straßenreinigung Röhne von 1,80 bis 3 Mk. zu berechnen, so sind sie nach dem neuen Lohnsatz durchgängig um 30 bis 50 Pfg. gestiegen. Am ganzen fanden Lohnsteigerungen von 10 bis 70 Pfg. statt. Die Klasseneinteilung des jetzigen Lohnsatzes ist folgende: Lohnklasse I. Tagelöhner. Mindestlohn 3,80 Mk., Höchstlohn 4,40 Mk. Bis 4 Mk. steigend alle Jahre um 10 Pfg., von da ab alle zwei Jahre 10 Pfg. Zeitraum 14 Jahre. In diese Klasse gehören hochbauamtliche Arbeiter, Boten, Bauwächter und Arbeiter. Straßenbauamt: Arbeiter der Straßenreinigung und des Straßenbaues, Gleichwagengeleiter, Einfallstrassenreiner, Einzel- und Kolonnenführer, Weggehilfen und Boten, Arbeiter im Steinbruch und Lagerplätzen, Bahnwärter, Arbeiter des Kanalbetriebs, der Kläranlage, der Bauhöfe, Erdarbeiter, Sanblanger, Weggehilfen, Boten, Lichtpauer, Tagelöhner der Sanftangreinigung und Pissoir-Behandlung. Maschinenbauamt: ungelernete Niederdruckkesselheizer, Hofarbeiter; Vermessungsamt: Weggehilfen; Gartenverwaltung: Arbeiter der Gartenverwaltung, Kurverwaltung, Nachtwächter, Arbeiter der Weiber und dem Tennisklub; Krankenhausverwaltung: Nachtwächter; Schlaakhofverwaltung: Dungarbeiter, Hof- und Hallenarbeiter. Lohnklasse II. Tagelöhner in gehobenen Stellungen. Mindestlohn 3,60 Mk., Höchstlohn 4,80 Mk. Bis 4,20 Mk. steigend alle Jahre um 10 Pfg., von da ab alle zwei Jahre um 10 Pfg. Zeitraum 18 Jahre. In diese Klasse gehören: Straßenbauamt: Vorarbeiter, Kolonnenführer, Depotwärter der Straßenreinigung, Kolonnenführer des Straßenbaues, Materialwärter; Kanalbauamt: Obmänner des Kanalbetriebs, der Kläranlage, der Bauhöfe, Bäderbrunnenvärter, Desinfektionswart und erste Erdarbeiter; Vermessungsamt: erste Weggehilfen; Gartenverwaltung: Vorarbeiter und Kolonnenführer. Lohnklasse III. Handwerker und ihnen gleichzustellende Spezialarbeiter. Mindestlohn 3,70 Mk., Höchstlohn 5 Mk. Bis 4,50 Mk. steigend alle Jahre um 10 Pfg., von da ab alle zwei Jahre um 10 Pfg. Zeitraum 18 Jahre. In diese Klasse gehören Handwerker, Vorarbeiter im Straßenbau, Promenadaaufseher, Dampfholzenbeizger; Kanalbau: Vorarbeiter des Kanalbetriebs, der Kläranlage, der Sanftangreinigung, Handwerker; Gartenverwaltung: Gärtner und Handwerker. Lohnklasse IV. Gehobene Handwerker und ihnen gleichzustellende Spezialarbeiter. Mindestlohn 4,20 Mk., Höchstlohn 6,40 Mk. Bis 4,90 Mk. steigend alle Jahre um 10 Pfg., von da ab alle zwei Jahre um 10 Pfg. Zeitraum 17 Jahre. In diese Lohnklasse gehören: Straßenbauamt: erste Handwerker; Kanalbauamt: erste Handwerker; Gartenverwaltung: erste Gärtner und erste Handwerker. Lohnklasse V. Besonders behandelte Arbeiter. Mindestlohn 4,80 Mk., Höchstlohn 6 Mk. Bis 6,50 Mk. steigend alle Jahre um 10 Pfg., von da ab alle 2 Jahre um 10 Pfg. Zeitraum 17 Jahre. In diese Klasse gehören: Straßenbauamt: Pflasterer; Kanalbauamt: Vorarbeiter des Kanalbaues, Revisionswärter; Gartenverwaltung: Gärtnerobergehilfen. Für jugendliche Arbeiter, Halbinvaliden, Arbeiter und Arbeiterinnen in Nebenbeschäftigungen werden folgende Bestimmungen außerhalb der Lohnordnung festgelegt, welche von den in der Lohnordnung genannten Betrieben gleichmäßig zu handhaben sind. Diese Personen sollen folgende Löhne erhalten: 1. Jugendliche Arbeiter, die noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben: 1,50 bis 3,20 Mk. die Steigerung beträgt bis zu 50 Pfg. für den Arbeitstag; 2. Halbinvaliden, also Arbeiter, deren Arbeitskraft teilweise in Anspruch genommen wird oder solche, die nur zu bestimmten minderwertigen Arbeiten verwendbar sind, 1,50 bis 3 Mk., die Steigerung geht nach der Leistung und bei Unfallsverletzungen nach dem Grade ihrer Erwerbsfähigkeit; 3. Arbeiterinnen, welche mit der vom Magistrat in der Arbeitsordnung festgesetzten Arbeitszeit voll arbeiten, 2,50 bis 3 Mk., die Steigerung beträgt alle Jahre 10 Pfg.; 4. Arbeiter und Arbeiterinnen in Nebenbeschäftigungen und Pufffrauen: 26 bis 30 Pfg. pro Stunde, alle Jahre 1 Pfg. für die Stunde steigend. Ist diese Neuregelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter in Wiesbaden auch jetzt noch stark verbesserungsbedürftig, so ist es doch immer wieder ein Stück vorwärts gegangen, und es sollten diejenigen, welche unserem Verbands noch fernstehen, daraus die Lehre ziehen, daß nur durch zähes Zusammenhalten der ganzen städtischen Arbeiter bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse errungen werden können.

♦ Gerichts-Zeitung ♦

**Änderung der Praxis des Kammergerichts in Bezug auf § 153 der Gewerbeordnung.** Das Kammergericht hat bei Entscheidung mehrerer Fälle sogenannter Streibergehri seinen bisherigen Standpunkt geändert. Es handelt sich um folgendes: Sofern nach den allgemeinen Strafgesetzen nicht eine härteste Strafe eintritt, wird nach § 153 der Gewerbeordnung mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verurtheilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder wer andere durch gleiche Mittel hindert oder

zu verhüten sucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten. Bisher hat nun das Kammergericht dann, wenn durch den Tatbestand des § 153 der Gewerbeordnung zugleich der Tatbestand eines allgemeinen Strafgesetzes (Reichsstrafgesetzbuch) erfüllt war, eine Idealkonkurrenz angenommen und auf Grund beider Gesetze verurtheilt. Im Sinne dieser Jurisprudenz hatte das Berliner Landgericht wegen einiger Vorfälle beim Schmiedestreit auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung und auf Grund des Strafgesetzbuches den Schmied Stellmacher wegen Verurtheilung (§ 153) und wegen verführerischer Nötigung in Tateinheit zu mehreren Tagen Gefängnis und den Schmied Krämer wegen Verurtheilung und wegen Körperverletzung ebenfalls zu mehreren Tagen Gefängnis verurtheilt. Den Bürtlenmadern gering und Anuth erging es wegen eines Vorfalles beim Bürtlenmacherstreit wegen Verurtheilung und Veleidigung ebenso. Das Kammergericht hob die Urtheile in diesen drei Fällen auf und verwies die Sachen zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Begründend wurde ausgeführt: Der Senat verleihe jetzt die Auflösung, doch aus § 153 nur verurtheilt werden könne, wenn nicht ein anderes Strafgesetz härtere Strafen festsetze. In solchen Fällen nehme jetzt das Kammergericht seine Idealkonkurrenz mehr an (wie bisher), sondern Gesetzeskonkurrenz. Daraus folge die Aufhebung der Urtheile und die Zurückverweisung der Sachen an die Vorinstanz, damit diese nunmehr die Sachen im Sinne der neuen Auffassung des Kammergerichts behandle. Obwohl nun in solchen Fällen, wie hier, das Strafgesetz, das härtere Strafen kennt, allein zur Anwendung zu kommen hat, so ist diese neue Auffassung manchen Angelegten doch günstiger, weil die Gewerbeordnung im § 153 nur Gefängnisstrafe kennt, das Strafgesetzbuch aber bei Nötigung, Körperverletzung, Veleidigung u. s. auch Geldstrafen zuläßt, auf die in milder liegenden Fällen sicher erkannt werden wird.

◆ **Rundschau** ◆

Die Kaiserfeier ist auch in diesem Jahre unter roger Beteiligung der organisierten Arbeiter der ganzen Welt vor sich gegangen. In Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden, München, Stuttgart und vielen anderen Orten Deutschlands nahm die Feier recht imposanten Charakter an. Freilich war das Wetter meist etwas „müßig“, was aber der Festfreude wenig Eintrag tat. Den Stadtverwaltungen von Kaiserlautern und München wird es jetzt nachträglich von bürgerlicher Seite arg verüßelt, daß sie unseren Kollegen (unter Abzug des Lohnes) freigaben. Daraus können wir die Lehre ziehen, in Zukunft über all die Freigabe des 1. Mai zu fordern, sowohl der Betrieb das ermöglicht, kann werden sich die Leuten wohl allmählich daran gewöhnen! Nur der jetzige Ausnahmezustand gibt ihnen den traurigen Mut, gegen solche eigentlich selbstverständlichen Beschlüsse zu Felde zu ziehen.

Der sechste deutsche Krankenkassenkongreß tagte unter stürkster Beteiligung wie sonst am 30. April in Berlin, um zur Reichsversicherungsordnung Stellung zu nehmen. Der zur Teilnahme an den Verhandlungen eingeladenen Staatssekretär des Innern hatte mitteilen lassen, daß eine Vertretung des Reichsamts des Innern nicht erfolgen könne, weil der Referent verhindert sei. Einer Mitteilung etwa gefälschter Beschlüsse sieht er entgegen. Bei der wenige Tage vorher abgehaltenen Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller hatte das Reichsamt des Innern nicht nur einen, sondern mehrere Vertreter entsandt. Dem Oberpräsidenten des Brandenburg schloß ebenfalls die genügende Zeit zum Erscheinen. Ebenso erging es anscheinend den bürgerlichen Parteien des Reichstages, denn es waren nur die sozialdemokratischen Abg. Koch, Schmidt, Stadthagen, Kunze und Stüdem erschienen. Der Referent, Justizrat Dr. R. Mayer-Frankenthal, ein bürgerlicher Sozialpolitiker, versuchte das beste aus den Beschlüssen der Reichsversicherungsordnungskommission herauszuholen, gelangte aber trotz alledem zu der Ueberzeugung: lieber gäße eine als eine solche Reform der Versicherungsgegebung. Von allen Diskussionssubjekten, die in der Hauptphase Arbeitgeber waren, wurde die Reichsversicherungsordnung in der jetzigen Gestalt als ein Ausnahmeversuch verurteilt. Die vom Referenten vorgeschlagene und vom Kongreß gegen 6 Stimmen angenommene Resolution er sucht den Reichstag, der Versicherungsordnung die schweren Mängel zu nehmen, andernfalls aber das ganze Gesetz abzulehnen. — Am gleichen Tage hielten die Krankenkassenangestellten einen Kongreß in demselben Lokale ab, um zu den durch die Reichsversicherung bedrohten Rechten der Kassenangestellten Stellung zu nehmen. Es waren bei Beginn des Kongresses aus 103 Orten 908 Delegierte anwesend, die sich im Laufe der Verhandlungen noch um einige hundert vermehrten. Der Referent Giesel-Berlin brandmarkte scharf die Art und Weise, wie den Kassenangestellten die in jahrelanger Tätigkeit erworbenen Rechte geraubt und die Kassenanstellungsgeschäfte in Zukunft durch Militärärzter besorgt werden sollen. Die Verleumdungen der Kassenangestellten durch

bürgerliche Abgeor  
Sinne des Referat  
genommen.

Ueber die Rü-  
in 3 Tagen eine  
Die Negearbeiter  
sangen etwas mehr  
geleichen von den  
unierhaltungsarbei-  
erien Kanalbauern  
Stadt wurden durch  
unschöne Art  
führung der Eich-  
Schmerzteilen, in  
den dergleichen E-  
kanalisation im E-  
zuführen. Diese  
bot für die Stadt  
1. die Arbeiten un-  
daher besser als  
2. billiger als  
Unternehmergevin-  
durch die lausig-  
Kosten zu tragen  
Entfernung fast  
nur einigermassen  
halber bei seiner  
gründe legen, wo-  
endlich 3. in der  
Geräten, Transporte  
daher auch mit 2  
wie ein Unterne-  
fortdauernde Bes-  
hohe Beträge aus  
führung des Regie-  
ung der Trottoir-  
schließlich hiermit  
in Hand mit der  
Schaffung einer  
und Materialien  
Dieselbe sieht un-  
wird durch einen  
ausgeübt. Die  
Ausgabe der Ma-  
genommenen Be-  
stausnahmen des  
Inventarins ge-  
Teil des Betrieb-  
Die Verschaffung  
öffentliche Aus-  
da dabei bei ge-  
Beregung der  
würde die Arbeit  
Endlich würde  
ihre Güte sehr  
bauarbeiten und  
Unternehmer be-  
nehmerbetriebe,  
deren nähere An-  
in Erinnerung  
Rüllabfuhr son-  
wegen durch die  
von Pferden zu  
Aber auch diese  
lungen, haupt-  
reichendem Ma-  
lums Veranla-  
wollig in Eigen-  
des Jahres aus  
Zorbaumes  
Tiefbauarbeiter  
für andere Ge-  
für andere Ge-  
für andere Ge-

Eine Droge  
ungeheuerlicher  
Terrorismus an  
sich. Der T  
behandelt, als  
Zucht und b  
ist, wie der  
schwinden m  
lichen Eisenb  
schaftsord  
sicher ohne A  
landes, Gei  
seiner Organ  
schuldig. Er k  
er, seine

Angerliche Abgeordnete wies er ganz energisch zurück. Eine im Sinne des Reichsrats vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Ueber die städtische Regiearbeit hat das städtische Tiefbauamt in Aachen eine Denkschrift herausgegeben, in der es u. a. heißt: Die Regiearbeiten des Tiefbauamtes sind in ihren ersten Anfängen etwas mehr als 20 Jahre alt und wurden seinerzeit, abgesehen von den stets durch städtische Arbeiter ausgeführten Wegeunterhaltungsarbeiten, zuerst beim Kanalbau eingeführt. Die ersten Kanalbauten zur Durchführung der Kanalanalisation hiesiger Stadt wurden durch Unternehmer bewirkt. Die mangelhafte und unsachgemäße Art der Ausführung, welche bis zur direkten Gefährdung der Sicherheit der Gebäude führte, sowie die finanziellen Schwierigkeiten, in welche die Unternehmer geriethen, veranlaßten den derzeitigen Stadtbauamtschef, die Weiterführung der Kanalisation im Eigenbetriebe der Stadt zu beantragen und durchzuführen. Diese Ausführung in Regie bewährte sich durchaus und ist für die Stadt eine Reihe von Vorteilen, und zwar wurden 1. die Arbeiten mit der nötigen Sorgfalt und Sachkenntnis und daher besser als durch die bisherigen Unternehmer ausgeführt, 2. billiger als bei Ausführung durch Unternehmer, da der Unternehmergewinn in Wegfall kommt und die Stadt nur die durch die tatsächlich vorhandenen Bodenverhältnisse bedingten Kosten zu tragen hat. Der mit den schwierigen und oft auf kurzer Entfernung stark wechselnden Bodenverhältnissen hiesiger Stadt nur einigermaßen bekannte Unternehmer mußte der Sicherheit halber bei seiner Kalkulation die ungünstigsten Verhältnisse zugrunde legen, wodurch höhere Kosten entstehen. Die Stadt ist endlich 3. in der Lage, das umfangreiche und teure Material an Geräten, Transportwerkzeugen usw. weit besser auszunutzen und daher auch mit weit geringeren Amortisationsquoten zu rechnen, wie ein Unternehmer, welcher der Konkurrenz wegen nicht auf fortdauernde Beschäftigung bei der Stadt rechnen kann und daher hohe Beträge auf seine Geräte usw. abschreiben muß. Die Einführung des Regiebetriebes ergab eine Verbesserung und Verbilligung der Trottoirarbeiten, zu deren Herstellung jetzt nur ausschließlich hiermit beschäftigte Arbeiter verwendet werden. Hand in Hand mit der Entwicklung des Eigenbetriebes ging auch die Schaffung einer geordneten und zentralen Materialienbeschaffung und Materialienverwaltung, welche seit 15 Jahren eingeführt ist. Dieselbe steht unter der direkten Leitung des Stadtbaurats und wird durch einen Materialienverwalter und mehrere Lageraufseher ausgeübt. Die eingerichtete Buchführung über Beschaffung und Ausgabe der Materialien und Geräte sowie die vierteljährlich vorgenommenen Bestandsaufnahmen auf den Lagerplätzen, die Bestandsaufnahmen der Geräte usw. und die darüber aufgestellten Inventarien gestatten jederzeit einen genauen Einblick in diesen Teil des Betriebes und über die in demselben vorhandenen Werte. Die Beschaffung der Materialien im Jahresbedarf und durch öffentliche Ausschreibung liegt zweifellos im städtischen Interesse, da dabei bei guter Qualität billige Preise erzielt werden. Eine Vergebung der Arbeiten einschließlich Material an Unternehmer würde die Arbeiten teurer und qualitativ minderwertig machen. Endlich würde auch die Kontrolle der Materialien hinsichtlich ihrer Güte sehr erschwert sein. Die Fuhrleistungen für die Tiefbauarbeiten und für die Müllabfuhr waren früher ebenfalls an Unternehmer vergeben. Die Verhältnisse, welche sich beim Unternehmerbetriebe, insbesondere bei der Müllabfuhr, ergaben und deren nähere Angabe sich hier erübrigt, da sie wohl noch allgemein in Erinnerung sind, führten vor etwa sieben Jahren dazu, die Müllabfuhr soweit zu übernehmen, daß Stallungen und Abfuhrwagen durch die Stadt gestellt wurden, während die Beistellung von Pferden und Fuhrleuten an Unternehmer vergeben wurde. Aber auch diese Einrichtung entsprach nicht den gezeigten Erwartungen, hauptsächlich weil die Fuhrleute nicht ihre Pflicht in ausreichendem Maße erfüllten und zu vielen Beschwerden des Publikums Veranlassung gaben. Daraufhin wurde das Fuhrwesen völlig in Eigenbetrieb übernommen und hat dieser sich im Laufe des Jahres auch durchaus bewährt. — Bei den Regiearbeiten des Tiefbauamtes in Aachen werden zurzeit etwa 650 Arbeiter und Vorarbeiter Sommer und Winter hindurch beschäftigt. — Wir bringen den vorstehenden Auszug, weil dieselben Argumente auch für andere Städte durchaus zutreffen.

Eine Organisation mit ministerieller Genehmigung. Immer ungeheurerlicher werden die Mitteilungen, welche von der amtlichen Terrorisusbearbeit des preussischen Eisenbahnministers durchsickern. Der Berlin-Trierische Eisenbahnerverband wird durch ihn behandelt, als wenn es sich um eine Horde Heloten handelte, denen Zucht und vaterländische Ehre beigebracht werden müsse. Bekannt ist, wie der Verbandsführer Seberin von seinem Posten verschwinden mußte, weil er dem Genossen Ströbel in einer öffentlichen Eisenbahnerversammlung in Berlin das Wort zur Geschäftsordnung erteilt hatte. Reines Material brachte — sicher ohne Absicht — der Verbandsführer des Eisenbahnerverbandes, Heißner, in einer Jeneser Mitgliederversammlung seiner Organisation zur Sprache. Eigentlich war er nur indirekt schuldig. Er konnte nicht zur Versammlung kommen, und so sprach an seiner Stelle der weniger mit dem ministeriellen Oele der

frommen Eitelkeit gesalbte stellvertretende Vorsitzende Biererbe. Nach den Aeußerungen Biererbes ist der Eisenbahnminister „der Meinung, daß im Verband ordnungsfeindliche Elemente sind“, er fordere deswegen ganz offiziell deren Beseitigung! Zur Kontrolle wurde verlangt, daß innerhalb von 80 Tagen Bericht an den Minister zu geben sei. Biererbe erzählte in der Versammlung ganz glücklich, daß er die Berichterstattungsfrist beim Minister auf — 90 Tage hinaufgehandelt habe. Die verwunderliche Tatsache, daß im Berlin-Trierischen Eisenbahnerorgan die von sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament gehaltenen Reden nicht abgedruckt werden, trotzdem in ihnen die Interessen der Eisenbahner vertreten seien, habe seine Ursache in einem Verbot des Ministers! — Jetzt fehlt nur noch, daß die Eisenbahnermitglieder sich ebenso als gehorsame Knechte ihrer ministeriellen Erzelen fühlen wie ihre „mannhaften“ Führer. Da hapert es zum Glück noch in etwas, haben doch erst kürzlich in einer großen Berliner Versammlung die Eisenbahner durch eine Resolution erklärt, daß sie die Absetzung ihres Vorsitzenden Seberin nicht billigen.

Ueber Menschenökonomie schreibt im „Tag“ Dr. Franz Oppenheimer. Er verurteilt, daß unter dem jetzt herrschenden Wirtschaftssystem die Warenökonomie die Menschenökonomie übersteigt und die Menschenrasse insorgedessen stark degeneriert. Gerade der zukunftsreichste Teil des Volkes, seine heranwachsende Jugend, wird am schwersten betroffen. Das zeigt die Abnahme der Militärdiensttauglichkeit und die Sterblichkeit an Tuberkulose, die in Deutschland viel stärker ist als z. B. in England. Nach Prinsing verhält sich die Sterblichkeit der schulpflichtigen Kinder in England und Deutschland ungefähr gleich. Nach der Schulentlassung aber springt die deutsche plötzlich sehr stark hoch, so daß die Altersgruppe von 14—18 Jahren bei uns bis zu 20 Proz. mehr Todesfälle aufweist als England. Zudem ist die Tuberkulosesterblichkeit bei der Jugend, besonders bei der weiblichen, noch im Steigen begriffen. Kayserling erklärt dies als eine Reaktionserscheinung des weiblichen Organismus auf die erhöhte und vermehrte Berufstätigkeit. Viel schlimmer ist aber noch die Verabredung der durchschnittlichen Konstitutionskraft. Die Frauen verlieren in der Allzufrühen und allzu langen Berufsarbeit die Stillschließigkeit und oft genug auch die Gebärfähigkeit, oder sie bringen blutarme, schlappe, schon von der Geburt an gezeichnete Geschöpfe zur Welt, die dann, mit der Flasche statt mit der Mutterbrust ernährt, ganz und gar entarten. Die Knaben werden zwar vielfach länger an Körpermaß, aber die Brustbreite und das Körpergewicht kommen nicht mit, und so sinkt die Tauglichkeitsziffer immer mehr. Man wolle nicht vergessen, daß dieses verelendete und überreizte Menschenmaterial von Jahr zu Jahr mehr die eigentliche Kernmasse der Nation bilden muß, weil erstens die Zahl der in Städten lebenden Jugendlichen viel stärker wächst als die der auf dem Lande lebenden und weil zweitens ein immer wachsender Prozentsatz der ortsanwesenden Jugendlichen berufstätig wird. Wenn dann diese schmalbrüstigen, nervösen Männer sich mit den bleichstüchtigen, still-unfähigen Mädchen verheiraten werden, dann muß eine „prächtige“ Rasse entstehen! Was der Staat bisher an Schutzmaßnahmen geschaffen hat, ist nicht der Rede wert. Für ein paar Peruse einige, durch unzulässige Ausnahmen durchlöcherter Vorschriften! Die Warenökonomie ist eben stärker als die Menschenökonomie. Dr. Raup schlägt nun zur Verbesserung dieses Zustandes vor: Für Jugendliche Einrichtung von Halbtagschichten, wo das möglich ist, namentlich für weibliche; Einrechnung der Fortbildungsschulzeit in das gesetzliche Maximum von zehn Stunden täglich und Einlegung von freien Halbtagen für obligatorische Körperübung und Wanderung; Ferien für Jugendliche, Ausdehnung der Liste der überhaupt für Jugendliche untersagten Betriebe, ärztliche Beobachtung bis zum 18. Jahre und darüber.

Gemeindesozialismus. Auf dem in der Osterwoche abgehaltenen Parteitage der französischen Sozialdemokratie wurde u. a. auch das sozialistische Kommunalprogramm beraten. Die Verhandlungen sind zum Teil auch für unsere Kollegen von großem Interesse. So stellte der Pariser Deputierte Seber, welcher sich für städtische Regiebetriebe aussprach, fest, daß die Lohnerhöhung der Gemeindearbeiter auf die allgemeinen Arbeiterlöhne zurückwirkt. Besonders interessant sind aber die Ausführungen des Professor Richaud. Er begann mit einem Vergleich der Situation der Regiearbeiter mit der der anderen Arbeiter und stellt auf Grund der Lohn- und Kapitalginsziffern des Genfer Gaswerkes eine Berechnung an, wieviel die Produzenten in der sozialistischen Gesellschaft gewinnen würden. Die Geizer z. B. würden statt 7,20 Fr. täglich 25 Fr. erhalten. Er setzt dann das Wesen des „degressiven Tarifs“ auseinander, den z. B. die Genfer Gemeinde für den Elektrizitätsbezug eingeführt hat, wobei der Preis mit der Zahl der Lampen progressiv abnimmt. Der Strommeter wird umsonst geliefert, was bei einem kleinen Haushalt verhältnismäßig außerordentlich viel ausmacht, ebenso wird die Installation bis 80 Fr. nicht berechnet. So bleibt der Nutzen der Regie den Besitzlosen gesichert. Wenn die Kapitalisten die Monopole mißbrauchen wollen, so haben wir als

Waffe dagegen — die Gewerkschaften. Diese brauchen wir allerdings in der Tat, um dem Proletariat die Vorteile der Rationalisierung und Kommunalisierung zu sichern. Der Redner hebt weiter die Bedeutung der Arbeiterausschüsse hervor, die von den Gemeinden in wachsender Zahl für die Regieunternehmungen ins Leben gerufen werden. Er verweist auf die Entwicklung dieser Einrichtung in Deutschland und im Detail auf die Erfolge in Basel, woselbst die Mehrheit in jedem Arbeiterausschuss genügt, um die Zulassung des Gewerkschaftsvertreters zu erlangen. Dort ist auch der Kampf gegen das geplante Streikverbot für die öffentlichen Dienste siegreich durchgeführt worden. Von besonderer Wichtigkeit ist aber die Zulassung von Arbeitervertretern nicht nur, wo spezielle Arbeiterinteressen ins Spiel kommen, sondern zur Leitung des Betriebes selbst. Hier ist Frankreich in der Welt vorangegangen. Im Verwaltungsrat der departementalen Trambahn der Côte d'Or sind unter den neun Mitgliedern zwei Vertreter der Beamten und Unterbeamten. Camelinat, der Direktor der Münze unter der Kommune, stellt unter Beifall fest, daß die Kommune in allen öffentlichen Dienstzweigen Arbeitervertreter zugezogen hat. Namentlich in den Händen der sozialistischen Partei kann die Regie eine große Bedeutung in der sozialen Entwicklung erlangen und neue Reime einer höheren Gesellschaftsform ins Leben rufen. Baillant, der gleichfalls für Gemeindebetriebe eintrat, machte die treffende Bemerkung: „Ungünstige Wirkungen auf die Löhne sind nur möglich, wenn die Organisation der Arbeiter schlecht ist.“ Die von ihm vorgelegte und vom Parteitag angenommene Resolution lautet: „Die Erforschung der Organisation der kommunalen Arbeiten und Dienste, die zugleich der Gemeinde, den von ihr beschäftigten Arbeitern und der Arbeiterklasse den größten Nutzen bringt, ist eines der ersten Elemente der Aktion der Sozialisten und ihrer Vertreter in der Gemeinde. Unter den gegenwärtigen Umständen und immer, wenn es möglich ist, kann diese Organisation durch die Kommunalisierung der Gemeindegewerbe und -dienste unter der Anteilnahme der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterklasse an der Leitung am besten verwirklicht werden. Die dort beschäftigten Arbeiter sollen neben ihrem Anteil an der Leitung die möglichst besten Bedingungen der Arbeit, der Ruhezeit, der Hygiene und der Sicherheit, sowie das volle Kooperationsrecht haben. Die dermaßen an die Stelle der Privatmonopole der kapitalistischen Kartelle und Trusts gesetzte Organisation soll die Kontrolle der proletarischen Konsumenten und Ruhestörer suchen und organisieren. Die kommunalen Dienste können und sollen unter diesen Bedingungen zunächst zum Nutzen der arbeitenden und armen Bevölkerung etabliert werden, für die sie, soweit sie entgeltlich sind, höchstens zum Gebührenspreis zur Verfügung sein sollen. Und sofern sie durch die Quantitätsmaxime seitens der anderen Klassen der Bevölkerung Gewinn bringen, sollen diese Gewinne zur Ausdehnung der kommunalen Dienste im Interesse der Arbeiter und vor allem für die Errichtung und Entwicklung unentgeltlicher Dienste auf dem Gebiet der Erziehung, des Unterrichts, der Hygiene, der Versicherung, der Wohlfahrtspflege und der Lebensmittelversorgung verwendet werden.“

— Bravo!

**Straßenreinerhaltung in Rom.** Wie die Tagespresse berichtet, sind die Straßenreiner in den Ausstand getreten, um eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Der Bürgermeister wendet sich in einem Aufruf an die Bürgerschaft und ersucht sie um ihre Mitwirkung zur möglichst Einschränkung der gesundheitlichen Nachteile und der Schwierigkeiten, die das Verbleiben des das Erbsenpersonal arbeitet unter polizeilichem Schutz. Ganz wie bei uns!

#### In den verlängerten Reichstag.

Schon auf deinem Totenschatzen  
Sah man dich dahingestreckt.  
Eigentlich und sozusagen  
Darfst du — Gott sei Dank! — verreckt.

Viele wünschten, noch geschwinder  
Sollte es zu Ende gehn,  
Fröhlich nahm man den Hyländer,  
Um an deinem Grab zu stehn.

Doch der Kanzler, der voll Nummer  
Und als Arzt am Bette sitzt,  
Hat dir vor dem letzten Schlummer  
Nochmal Netzer eingespritzt.

Liebt er dich, daß er den herben  
Tod von deinem Lager scheucht?  
Nein! — Nur Angst vor deinen Erben  
Nacht ihm Aug' und Nase leucht.  
(P. Schlemitz im „Euphorismus“.)

Was verkürzt mir die Zeit? Tätigkeit!  
Was macht sie unerträglich lang? Müßiggang!  
Was bringt in Schulden? Harren und Dulden!  
Was macht gewinnen? Nicht lange besinnen!  
Was bringt zu Ehren? Sich wehren!

Sechste.

### Briefkasten

H., Freiburg i. Br. Die Versendung der Mainummer erfolgte in der Tat einen Tag später, weil das Druckereipersonal den 1. Mai feierte. Sonst wird natürlich die frühzeitige Absendung wieder zur Regel werden. Die Nachbestellungen gehen Dir in den nächsten Tagen zu. Besten Gruß!

### Eingegangene Schriften und Bücher

Die Neue Zeit. Hochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: J. G. W. Dieß Nachf. in Stuttgart. Heft 30 und 31 vom 29. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 M.

Kommunale Praxis. Hochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Schädelum. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Nr. 18 u. 19. Vierteljährlich nur 3 M. Probenummern sind jederzeit kostenlos zu beziehen.

Werkheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: J. G. W. Dieß Nachf. in Stuttgart. Nr. 16 des 21. Jahrg. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 35 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,60 M.

Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag J. G. W. Dieß Nachf. in Stuttgart. (Nr. 10.) Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

Sexuelle Fragen und Gefahren. Ein Vortrag für junge Männer über das Geschlechtsleben, die sexuelle Hygiene der Ehe und die Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Friedr. Müller, prakt. Arzt in Augsburg. Preis 80 Pf. In beziehen durch alle Buchhandlungen und durch die Geschäftsstelle der Hausarzt-Zeitschrift, Weimar, Lassenstr. 43.

Erste Worte sind es, die der Verfasser an die erwachsenen Söhne, wie auch an die Eltern und Erzieher richtet. Er erörtert zunächst das Sexualleben vom ärztlichen Standpunkt aus, legt in bereichernder Weise dar, wie wichtig für Gesundheit und Lebensglück eine hygienische Lebensführung und eine Kräftigung des Willens gerade in der Zeit körperlicher Entwicklung ist und wie die in diesem Alter entstehenden sexuellen Gefahren vermieden werden. Dann bespricht er das Verhalten in der Ehe und behandelt in einem dritten Abschnitt die Geschlechtskrankheiten und deren Folgen in ausführlicher Darstellung, um der auf diesem Gebiete noch sehr großen Unwissenheit und der vielfach bemerkbaren leichtfertigen Aufassung junger Leute entgegenzuwirken und das Verantwortlichkeitsgefühl zu wecken. Der von fittlichem Ernst und sozialem Empfinden erfüllte, gut ausgestattete Broschüre ist weiteste Verbreitung zu wünschen.

### Die Filiale Mannheim

eröffnete am 1. April d. J. das Ortsbureau im Gewerkschaftshaus, F. 4, III., Telefon Nr. 4269, mit dem Ersuchen, daß alle Anfragen, Schreiben usw. an den Kollegen Bernhard Stumpf, welcher als Beamter unserer Filiale gewählt wurde, zur Beantwortung gelangen sollen.

Büreaustunden sind vormittags von 9—1 Uhr, nachmittags von 3—7 Uhr.

Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung erfolgt jeweils am Samstag von 10—1 Uhr.

Der Filialvorstand.

### Filiale Zwickau i. S.

Am 27. Mai d. J., abends 8 Uhr, im Bräuerschiffel

#### ... Mitglieder-Versammlung ...

anschließend Delegiertenwahl zum Dresdener Gewerkschaftstongress. Mitgliedsbuch ist wegen Markenkontrolle unbedingt mitzubringen.

Der Vorstand.

### Totenliste des Verbandes.

Christian Heuer, Hamburg

Straßenreiner  
† 26. 4. 1911, 37 Jahre alt.

Alfred Jahlbusch, Berlin

Raffeur  
† 20. 4. 1911, 26 Jahre alt.

Johann Pinckhi, Schöneberg

Maurer  
† 20. 4. 1911, 48 Jahre alt.

Johann Schäßbach, Mainz

Hallenarbeiter am Schlachthof  
† 2. 5. 1911, 59 Jahre alt.

H. Hüpenbeker, Lübeck

Elowigstr. 23b  
† 8. 5. 1911, 59 Jahre alt.

Jakob Hirschbaum, Stuttgart

Katrinenspektion  
† 4. 5. 1911, 62 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!